

03/04/05/14

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



Mobile Täter im Visier – Polizei NRW bekämpft Einbrecherbanden

KÖLLE ALAAF > NETZWERKARBEIT KARNEVAL /// POLIZEI STEIGT AUF WINDOWS 8 UM

Die Landesstrategie »Riegel vor! Mobile Täter im Visier« zeigt Wirkung!

Dieter Schürmann
Landeskriminaldirektor NRW



Foto: Jochen Tack

Liebe Leserinnen und Leser,

für das vergangene Jahr weist die Polizeiliche Kriminalstatistik in NRW 54.953 Einbruchdiebstähle in Häuser und Wohnungen auf. Das ist die niedrigste Steigerungsrate seit dem Jahr 2007. Vor dem Hintergrund europaweit steigender Fallzahlen ist dies immer noch kein Grund zur Entwarnung, aber zumindest ein Zeichen erster Erfolge unserer Strategie. Die Aufklärungsquote beträgt nahezu unverändert 13,6 Prozent. Die insgesamt 5.284 ermittelten Tatverdächtigen stammten aus 24 Ländern. Neben vor allem auch südosteuropäischen Einbrechern waren mehr als die Hälfte der Täter deutsche Staatsangehörige. Mit unserem Konzept »Riegel vor! Mobile Täter im Visier (MOTIV)« haben wir inzwischen den Fahndungs- und Ermittlungsdruck auf überregional tätige Einbrecherbanden deutlich erhöht. Dazu haben auch ganz wesentlich die Schwerpunktkontrolltage

in den Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold, Düsseldorf und Köln beigetragen. Im ersten Quartal 2014 haben hierbei mehrere tausend Kolleginnen und Kollegen 19.500 Fahrzeuge und 26.000 Personen kontrolliert. Dabei wurden 86 Tatverdächtige festgenommen und auch umfangreiches Diebesgut sichergestellt. Von den derzeit über 360 in »MOTIV« erfassten Intensivtätern konnten alleine in den letzten fünf Monaten mehr als 70 Straftäter in Haft gebracht werden. Ihnen wurden über 2.000 Straftaten nachgewiesen. Von 360 »MOTIV-Tätern« waren 152 auch bereits in Belgien und den Niederlanden in Erscheinung getreten. Im Rahmen der strategischen Schwerpunktsetzung sind weiterhin umfangreiche Aktivitäten zur Verhütung und Verfolgung der Eigentumskriminalität erforderlich. Lassen Sie uns gemeinsam erfolgreich damit fortfahren!

Ihr Dieter Schürmann

- 02 __ Editorial
- 43 __ Impressum

TITEL

- 04 __ **MOTIV: Landesweite Kontrolltage**
Bekämpfung mobiler Diebesbanden
- 10 __ **Ein Tag ohne Einbruch** Mobile
Täterbanden im Visier der Polizeiinspek-
tion Mülheim an der Ruhr

EINSATZ

- 14 __ **Netzwerkarbeit im Kölner Karneval**
»Kölle Alaaf« bei Polizei und Partnern
- 22 __ **Von den Erfahrungen anderer**
profitieren Neue Datenbank NapolEon
ist online

KRIMINALITÄT

- 24 __ **Paderborner »Haus des Jugend-**
rechts« eingeweiht »Die Schreibtische
zusammenschieben«
- 26 __ **Kurskonzept »Frühintervention**
bei erstauffälligen Drogenkonsumenten
(FreD)« Polizei, Justiz und Suchtberatung
ziehen an einem Strang
- 28 __ **NRW-Kriminalitätsstatistik 2013**
Initiativen der Polizei gegen Kriminalität
wirken

VERKEHR

- 31 __ **NRW-Präventionskampagne in**
Gebärdensprache »Crash Kurs« gibt es
jetzt auch für Gehörlose
- 32 __ **NRW-Verkehrsunfallstatistik 2013**
Weniger Tote und Schwerverletzte

PRISMA

- 34 __ **Polizei NRW steigt auf Windows 8**
um Start des Rollouts im Juli 2014
- 37 __ **Veranstaltung zu Gewalt gegen**
Polizeibeamtinnen und -beamte
Kommunikation ist der Schlüssel
- 39 __ **Soziale Medien in Behörden**
Facebook kann jeder – auch die Polizei?
- 41 __ **Polizeilandesmeisterschaften**
im Schwimmen und Retten 2014
Ehrenpreis für Nadia Edling
und Christoph Fildebrandt

PERSONALIEN

- 41 __ **In neuer Funktion**

PREISRÄTSEL

- 42 __ **Heiß, heißer – Dirty Dancing**
Die Streife verlost 2 x 2 Freikarten für
den Musical Dome in Köln

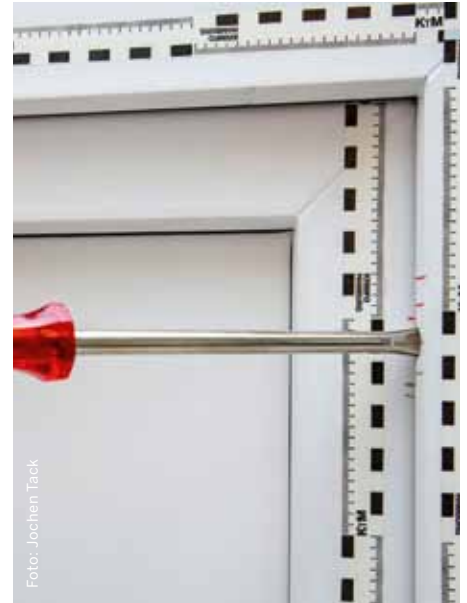


Foto: Jochen Tack

04 MOBILE TÄTER IM VISIER – POLIZEI
NRW BEKÄMPFT EINBRECHERBANDEN



Foto: Julia Fischer

14 KÖLLE ALAAF – NETZWERKARBEIT
KARNEVAL



34 POLIZEI STEIGT AUF
WINDOWS 8 UM



MOTIV:

LANDESWEITE KONTROLLTAGE

Bekämpfung mobiler Diebesbanden

Die Fallzahlen der Eigentums kriminalität, vor allem des Wohnungseinbruch-, Taschen- und Metalldiebstahls steigen seit Jahren bundesweit an. Gleichzeitig stagnieren die Aufklärungsquoten. Denn gerade bei diesen Delikten sind zunehmend überörtlich und arbeitsteilig agierende Diebesbanden aktiv, die in einem großen Aktionsradius arbeiten und mit lokalen Konzepten schwer zu bekämpfen sind. Daher wurde im letzten Jahr das landesweite Konzept »Mobile Täter im Visier – MOTIV« entwickelt und umgesetzt. Im Rahmen des Konzepts gab es vom 18. bis 24. November 2013 bereits eine auf Prävention ausgerichtete Aktionswoche zum Einbruchschutz. Jetzt stand ein offensiver Schlag gegen mobile Diebesbanden in NRW an. Bei verschiedenen Schwerpunktkontrollen sollten mobile Täter gefasst werden.

Geführt durch das Polizeipräsidium (PP) Dortmund fand der erste Schwerpunktkontrolltag am 22. Januar 2014 im Regierungsbezirk Arnsberg statt, gefolgt vom Regierungsbezirk Düsseldorf am 30. Januar 2014 unter Führung des PP Düsseldorf. Ab dem frühen Morgen wurden in allen zwölf Kreispolizeibehörden des Regierungsbezirks Arnsberg Kontrollmaßnahmen durchgeführt. Weil die Täter mobil sind und überregional arbeiten, lagen besonders die Verkehrswege im Fokus der polizeilichen Maßnahmen. Denn die Täter legen für die Einbrüche große

Strecken zurück. Sie nutzen dabei das Netz der Bundesautobahnen und Fernstraßen als Reise- und Fluchtwege sowie zum Transport der Beute. Oftmals reisen sie auch aus dem Ausland über Belgien oder die Niederlande nach NRW ein.

Auf allen acht Autobahnen im Grenzgebiet zu den Niederlanden und Belgien wurde daher der nach NRW einreisende Verkehr kontrolliert. Damit wurde quasi ein Riegel vor die Grenze gelegt, der durch parallele Maßnahmen der Bundespolizei und der niederländischen Polizei verstärkt wurde. Die Zusammenarbeit mit der niederländischen Polizei, die sich an den Kontrollmaßnahmen im unmittelbaren Grenzbereich beteiligte und darüber hinaus auf der niederländischen Seite der Grenze auch ergänzende Fahndungsmaßnahmen durchführte, gestaltete sich unkompliziert und produktiv. Wenn Täter bewusst Grenzen überschreiten, darf Polizeiarbeit nicht an diesen halt machen. Der gemeinsame Einsatz ist ein gutes Beispiel erfolgreicher internationaler Zusammenarbeit. Ganz nach dem Motto: »Wir unterbrechen die Reisewege der Täter!« wurden verdächtige Personen und Fahrzeuge auf den Zufahrtsstraßen, insbesondere zu den Wohngebieten kontrolliert. >





Bei einigen Einsätzen wurden Personen festgenommen, die mit Haftbefehl auch aufgrund von Eigentumsdelikten gesucht oder denen im Rahmen der Kontrollen Straftaten vorgeworfen wurden.

Flüchtende Täter, gestohlene Pkw

In Düsseldorf flüchtete der Fahrer eines Pkw, der kontrolliert werden sollte. Die Flucht währte allerdings nur kurz – der Fahrer verlor die Kontrolle über den Pkw und durchbrach die Mauer zu einem Garten. Er flüchtete zu Fuß weiter, konnte aber nach kurzer Verfolgung festgenommen werden. Der Fahrer hatte keine gültige Fahrerlaubnis und stand unter Drogeneinfluss. Er und seine beiden Beifahrer sind der Polizei als Einbrecher bereits bekannt.

In Langenfeld wurden zwei 17-Jährige in einem Pkw angehalten, dessen Kennzeichen als gestohlen gemeldet waren und bei dem die Eigentumsverhältnisse vor Ort nicht geklärt werden konnten. Im Fahrzeug wurde außerdem einschlägiges Einbruchswerkzeug sowie mit Aluminiumfolie isolierte



Kleidung gefunden, die offensichtlich gezielt für Ladendiebstähle präpariert war.

Bei den Kontrollen auf den Autobahnen wurden mehrere Personen des Drogenschmuggels überführt; so konnte eine Person in Elmpt mit über 50 Gramm Kokain festgenommen werden.

Lokale Kontrollen führen zu Festnahmen

Einzelne Behörden führten zusätzlich lokale Schwerpunktmaßnahmen durch, die sich an den örtlichen Gegebenheiten orientierten. So gab es in Essen etwa Kontrollen auf einem großen Flohmarkt, während in Düsseldorf Hotels und Wohnhäuser durchsucht wurden, von denen bekannt war, dass sie Einbrechern als Versteck dienen. Die dort angetroffenen Personen wurden überprüft, einzelne Personen wurden wegen offener Haftbefehle festgenommen. In Duisburg wurden Razzien an verschiedenen Szenetreffpunkten durchgeführt – auch hier wurden Personen festgenommen, die mit Haftbefehl gesucht wurden.

Mehrere Behörden führten außerdem konzentrierte Maßnahmen zur Bekämpfung des Taschendiebstahls durch – oft mit Erfolg. So konnte unter anderem in Duisburg eine Person beim Diebstahl eines Notebooks festgenommen werden, in Essen zwei rumänische Mädchen beim Trickdiebstahl mittels dem so genannten »Klemmbrett-Trick«. Dabei sprechen die Täterinnen



Passanten an und geben vor, Spenden zu sammeln. Während diese in ihrem Portmonee nach Geld suchen, lenken die Täterinnen das potenzielle Opfer ab, indem sie ihm ein Klemmbrett mit einer Spendenliste nah vor das Gesicht halten. Währenddessen stehlen sie Geldscheine aus der Geldbörse.

Aktionstage wirken langfristig

Diese Erfolge zeigen beispielhaft, dass solch groß angelegten Aktionstage dabei helfen können, die Zahl der Straftaten zur verringern, die Reisewege der Täter zu unterbrechen sowie Fahndungsdruck auf die Täter auszuüben. Gleichzeitig wird das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung positiv beeinflusst. Gewonnene Erkenntnisse können die Ermittlungen nachhaltig unterstützen und voran bringen. Die Erwartungshaltung an einen solchen Aktionstag ist sicher immer auch die Festnahme von Diebesbanden auf frischer Tat. Dies gelingt jedoch nicht immer. Die Wirkung solcher Aktionstage ist aber nachhaltig und der wahre Wert oft erst viel später zu erkennen, wenn die gewonnenen Erkenntnisse in den Datenbanken verknüpft sind, Strukturen erkannt und die Erkenntnisse zur Aufklärung von Taten herangezogen werden können.

Sicher sind die Fallzahlen alleine durch solche Aktionstage nicht zu reduzieren. Aber sie sind ein wichtiger Baustein im

Gesamtkonzept, da sie zur Verunsicherung der Täter führen. Das Polizeipräsidium Düsseldorf führt solche Schwerpunktkontrolltage bereits seit 2012 mehrfach in der dunklen Jahreszeit durch. Im Verbund mit den übrigen Maßnahmen konnten die Fallzahlen beim Wohnungseinbruch im Jahr 2012 so um gut vier Prozent, im Jahr 2013 um über 16 Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig stiegen die Aufklärungsquote sowie der Anteil der Versuche.

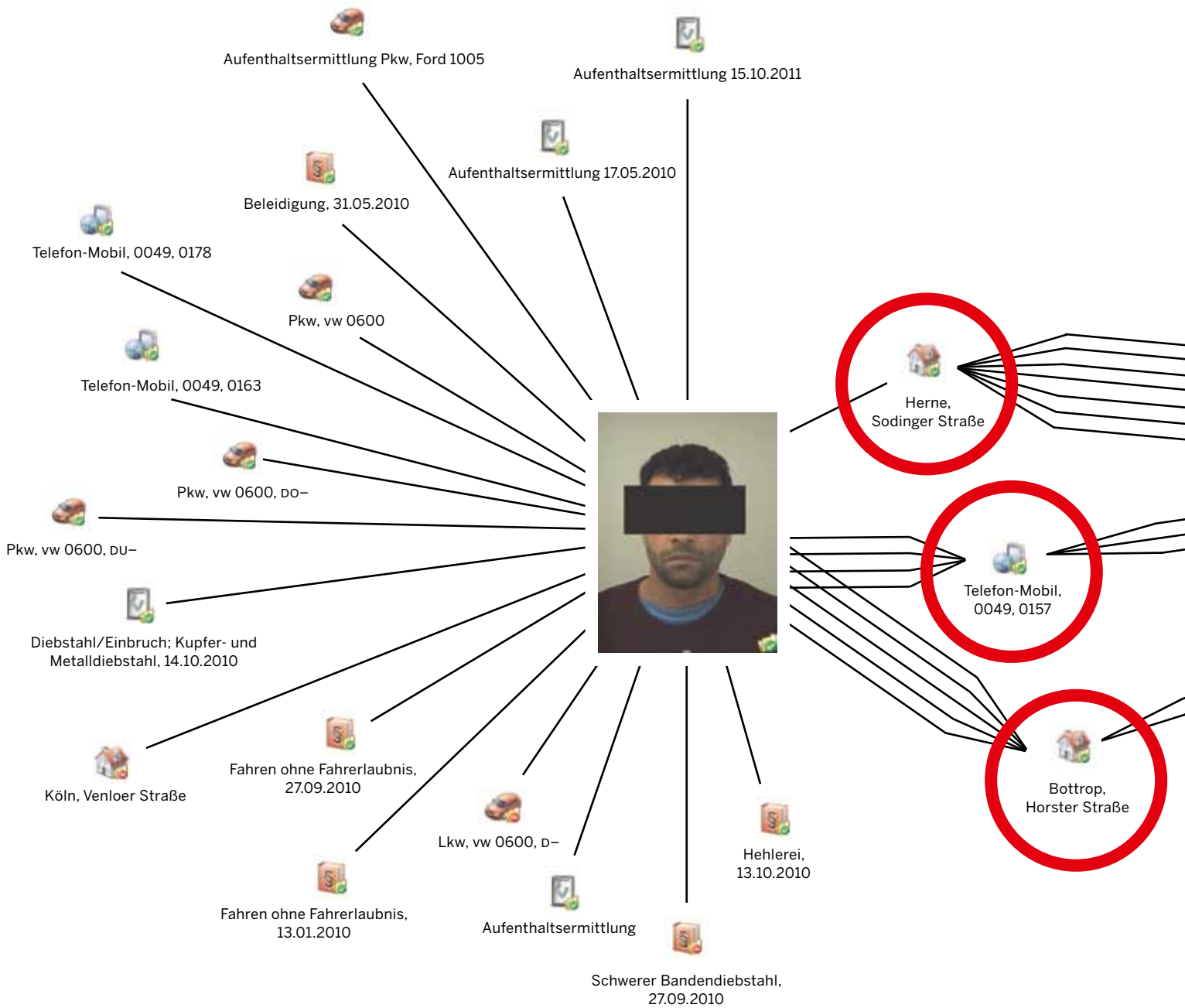
Auf frischer Tat gefasst

Für den Schwerpunktkontrolltag im Regierungsbezirk Düsseldorf kann ebenfalls eine positive Bilanz gezogen werden:

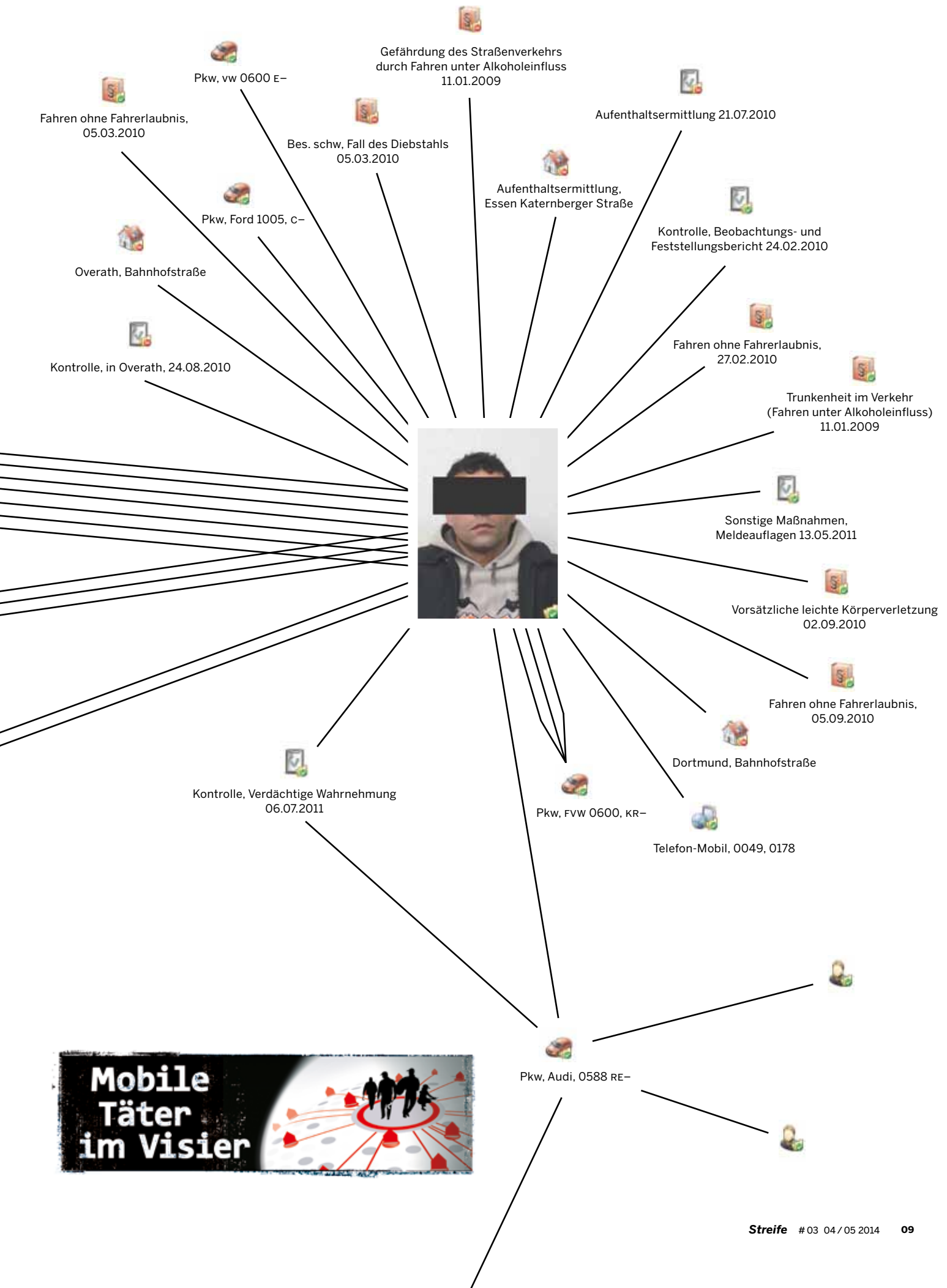
Fast 2.400 eingesetzte Beamtinnen und Beamte in NRW – zusammen mit den Kräften der Bundespolizei und der niederländischen Polizei annähernd 3.000 – kontrollierten insgesamt 9.422 Personen, überprüften 5.647 Fahrzeuge, vollstreckten 17 Haftbefehle und führten 50 Festnahmen durch.

Dass die Grundannahme hinsichtlich der Reisewege und der Täterstrukturen richtig ist, erwies sich übrigens kurz nach dem Ende des Einsatzes in Düsseldorf, als ein Südosteuropäer bei einem Wohnungseinbruch auf frischer Tat festgenommen wurde. Er war für den Einbruch aus Belgien angereist und hatte sich in Düsseldorf in einem Hotel eingemietet. ///

Frank Kubicki, PP Düsseldorf



Die Wirkung der MOTIV-Aktionstage ist nachhaltig, wenn die von den Einsatzkräften gewonnenen Erkenntnisse in den Datenbanken verknüpft sind, Strukturen erkannt und die Erkenntnisse zur Aufklärung von Taten herangezogen werden können. Das hier dargestellte Schaubild ist fiktiv. Es zeigt aber sehr anschaulich, wie bisher unzusammenhängende Erkenntnisse verschiedener Polizeibehörden zu Ermittlungserfolgen führen können.



TITEL



EIN TAG OHNE EINBRUCH

Mobile Täterbanden im Visier der Polizeiinspektion Mülheim an der Ruhr

Mobile Einbrecherbanden sind zunehmend für die steigende Zahl an Wohnungseinbrüchen in ganz Deutschland verantwortlich. Als Flächenland mit vielen Großstädten, einem umfangreichen Verkehrsnetz und einer ausgeprägten Infrastruktur ist NRW für diese Tätergruppierungen besonders attraktiv.

Um gezielter gegen die oft aus dem Ausland einreisenden Täter vorgehen zu können, hat das Landeskriminalamt NRW das Konzept »MOTIV – Mobile Täter im Visier« entwickelt, das von den örtlichen Polizeibehörden mit eigenen Maßnahmen umgesetzt wird. So auch durch das Polizeipräsidium Essen: In Mülheim an der Ruhr fand am 25. Februar ein Sondereinsatz zur Verhinderung von Wohnungseinbrüchen statt. Über 100 Polizeibeamtinnen und -beamte kontrollierten an den Mülheimer Ausfallstraßen Personen und Fahrzeuge. Ihr Ziel: reisenden Einbrecherbanden einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Die Einsatzbesprechung startet pünktlich um 14.30 Uhr. Nicht nur die Einsatzabschnittsführer, sondern sämtliche Einsatzkräfte, nehmen daran teil. Das sind an diesem Tag die Einsatzhundertschaft, die Diensthundestaffel, der Bezirks- und Schwerpunktdienst (BSD), die Direktion Kriminalität, die Technische Einsatz Einheit (TEE), die Bereitschaftspolizei sowie ein Experte zur Überprüfung verdächtiger Dokumente. Polizeirat Thomas Funke,

Leiter der Polizeiinspektion Mülheim an der Ruhr und Einsatzführer des Sondereinsatzes erklärt: »Mir ist es wichtig, dass wirklich alle Beteiligten die Informationen direkt bekommen und es nicht nach dem »Stille-Post-Prinzip« läuft. Alle sollen wissen, wonach gesucht wird und worauf ganz konkret zu achten ist. Außerdem bleiben die wichtigsten Eckdaten zum Thema Wohnungseinbruch so auch für künftige Einsätze besser im Gedächtnis.«

Ein Mitarbeiter von der Auswerte- und Analysestelle Allgemeine Kriminalität (ASTAK) gibt zunächst einen Überblick über die derzeitige Lage im Bereich Wohnungseinbrüche in Mülheim an der Ruhr: So seien in letzter Zeit vermehrt auch Einfamilienhäuser in den Fokus der Einbrecherbanden gerückt – vor allem in den späten Nachmittag- und Abendstunden. »Bei den Tätern handelt es sich meist um überörtliche und reisende Tätergruppen, unter anderem aus Südosteuropa, die oft mit älteren Fahrzeugen in schlechtem Allgemeinzustand unterwegs sind. Neben Pkw oder Transportern mit ausländischen Kennzeichen werden auch örtliche Fahrzeuge genutzt – häufig mit Kurzzeit- oder Ausfuhrkennzeichen«, erklärt der Einsatzführer. Als Werkzeuge dienten den Tätern Stemmeisen, Schraubendreher, Akkubohrer oder so genannte »Flipper« – flexible Kunststoffplatten, die zwischen Türschnapper und Türzarge geschoben werden, um die Tür aufzudrücken. Darauf sei bei den Überprüfungen besonders zu >



achten. Zum Schluss gibt es noch einen eindringlichen Hinweis zur Eigensicherung der Beamten: »Es gab schon Fälle, bei denen auch harmlos wirkende Verdächtige gewalttätig geworden sind, gespuckt, gekratzt, gebissen, sich losgerissen haben und quer über stark befahrene Straßen geflüchtet sind. Bitte denken Sie daran, wenn Sie sich verdächtigen Personen nähern.«

Die direkte Ansprache aller Einsatzkräfte ist für viele überraschend, kommt bei den Beteiligten aber gut an. »Einige Beamte sind nach der Besprechung nochmal auf mich zugekommen und haben ausdrücklich betont, wie gut diese Vorgehensweise war«, so Thomas Funke. »Wir werden das in Zukunft öfter so machen.«

Bürger und Medien einbeziehen

Gegen 15.30 Uhr beginnen die Beamtinnen und Beamten mit den Fahrzeugkontrollen. Kontrollen gibt es insbesondere an den Zu- und Abfahrtstraßen rund um Mülheim. Auch wenn es kurze Rückstaus gibt und die Autofahrer mit etwas Wartezeit rechnen müssen, haben viele Verständnis für die Aktion und loben den Einsatz: »Ich finde es gut, dass die Polizei sich zeigt und kontrolliert,« so die vorherrschende Reaktion.

Auch das Medieninteresse an der breit angelegten Polizeiaktion ist groß. Journalisten vom Westdeutschen Rundfunk (WDR), der Neuen Ruhr Zeitung (NRZ) und der Westdeutschen Allgemeinen

Zeitung (WAZ) sind vor Ort und schauen den Einsatzkräften bei ihrer Arbeit über die Schulter. »Wir sind ganz bewusst offensiv an die Presse gegangen und haben sie zu diesem Termin eingeladen. Uns ist es wichtig, Aufmerksamkeit für das Thema Wohnungseinbruch zu schaffen und den Mülheimer Bürgern zu zeigen: Die Polizei tut etwas, um Wohnungseinbrüche zu verhindern,« so Thomas Funke.

In den Mülheimer Wohngebieten suchen die Einsatzkräfte auch gezielt den Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern, um sie über die wichtigsten Verhaltensregeln rund um das Thema Einbruchschutz aufzuklären. Im Rahmen der NRW-Einbruchschutzkampagne »Riegel vor!« informieren die Beamten und geben Passanten konkrete Tipps. »Am wichtigsten ist, dass Türen und Fenster gesichert werden und die Augen nach Verdächtigem offen gehalten werden. Und wir sagen den Bürgern: Wenn Ihnen etwas verdächtig vorkommt, rufen Sie sofort die Polizei!«, betont Thomas Funke.

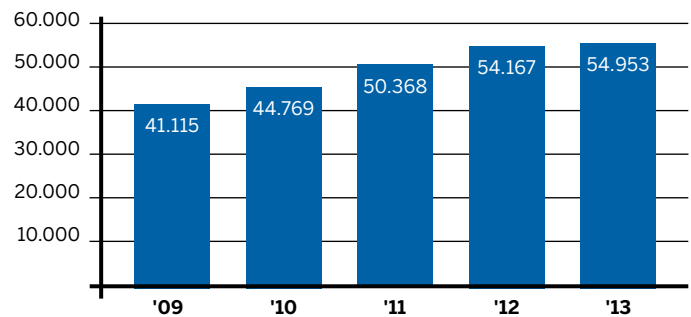
Kein Einbruch und viel positives Feedback

Insgesamt wurden bei der Aktion, die bis in die späteren Abendstunden lief, mehrere hundert Fahrzeuge überprüft. Der größte Erfolg: Am Einsatztag gab es in Mülheim an der Ruhr keinen einzigen Einbruch. Wohnungseinbrecher gingen den Beamten bei ihren Kontrollen indes nicht ins Netz, aber viele Erkenntnisse wurden gewonnen



Wohnungseinbrüche

Zeitraum 2009-2013



und in Berichten festgehalten. »Diese Berichte geben zum Beispiel Auskunft über die Reisewege von Verdächtigen. Diese Informationen liefern uns wichtige Erkenntnisse und können für weitere Ermittlungen genutzt werden«, erklärt Einsatzleiter Thomas Funke. Außerdem seien solche Aktionen wichtig, um einerseits das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken als auch verstärkt Prävention zu betreiben. »Wir bekommen viel positives Feedback von den Bürgerinnen und Bürgern. Sogar im Nachhinein sind Kollegen und Kolleginnen noch auf die Kontrollen angesprochen worden«, so Funke. Das macht sich zum Beispiel auch bei Facebook bemerkbar, denn das Posting der Polizei Mülheim zu der Schwerpunktaktion wird vielfach positiv kommentiert: »Je öfter so etwas durchgeführt wird, umso eher verlieren die Einbrecher die Lust auf unsere Stadt...« »Kann man nur unterstützen! Solche Kontrollpunkte dürfte es ruhig öfter geben...«, so die Kommentare.

Parallel zu der Aktion in Mülheim gab es zeitversetzt auch Kontrollen in den Nachbarbehörden Mettmann und Duisburg. »Da das enge Autobahnnetz in dieser Gegend den Tätern als Reiseweg dient, ist es wichtig, dass auch die Autobahnpolizei in solche Einsätze einbezogen wird«, betont Funke. »Unser gemeinsames Ziel ist es schließlich, den Kontrolldruck auf die Täter zu erhöhen, damit sie merken: Die Polizei stellt sich uns in den Weg.« ///

Simone Wroblewski

MOTIV – MOBILE TÄTER IM VISIER

Für das vergangene Jahr verzeichnete die Kriminalstatistik in NRW insgesamt 54.953 Einbrüche in Häuser und Wohnungen. Das ist eine Zunahme von 1,5 Prozent. Um den Fahndungs- und Ermittlungsdruck auf überregional tätige Einbrecherbanden zu erhöhen, setzt die Polizei NRW auf das Konzept »MOTIV – Mobile Täter im Visier«. In den letzten fünf Monaten konnten die Fahnder so 72 Intensivtäter festnehmen, denen allein 2.057 Straftaten nachgewiesen werden konnten. Effektiv sind auch die groß angelegten Kontrollen und Razzien der vergangenen Wochen: In den Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold, Düsseldorf und Köln haben insgesamt 6.500 Polizisten insgesamt 19.500 Fahrzeuge und 26.000 Personen kontrolliert. Dabei wurden 86 Täter festgenommen und Diebesgut sichergestellt. Die Polizei ermittelte 2.030 ausländische Wohnungseinbrecher – das ist die höchste Zahl seit mehr als 30 Jahren. In vier von zehn Fällen scheiterte der Einbruch bereits im Versuch, weil Riegel und Alarmanlagen die Täter aufgehalten haben.



Foto: Julia Fischer

Netzwerkarbeit im Kölner Karneval »Kölle Alaaf« bei Polizei und Partnern

Die Rosenmontagszüge sind die Highlights der Karnevalssession. Jedes Jahr versammeln sich hunderttausende Zuschauer, Jecken und Narren rund um die Zugstrecke. So steht in Köln die Übernahme der Macht durch das Dreigestirn symbolisch für den Beginn der ausschweifenden »fünften Jahreszeit« am 11. November. In den »jecken Hochburgen« ist dann der Karneval allgegenwärtig. Für die Festkomitees und die öffentlichen Stellen bedeutet der Karneval aber bereits schon vorher viel Arbeit: Denn für den reibungslosen Ablauf ist eine intensive Planung und eine enge Zusammenarbeit der zuständigen Stellen nötig. Das so ein über Jahre gewachsenes Netzwerk in Köln »Hand in

Hand« funktioniert, hat mit viel Herzblut und Engagement, aber auch mit dem Spaß am Karneval zu tun.

Kooperation und Vernetzung sind dabei in den letzten Jahren zu Schlüsselbegriffen geworden: Die am Netzwerk Beteiligten versuchen, den komplexen Herausforderungen durch die Zusammenarbeit mithilfe gezielter Kooperations- und Vernetzungsstrategien zu begegnen. Durch Synergieeffekte, neue Kontakte und den Erfahrungsaustausch untereinander wird gemeinsam an einem Strang gezogen.

Die intensive Zusammenarbeit im »Netzwerk Kölner Karneval« gibt es seit dem Jahr 2005. In dem Netzwerk arbeiten neben dem Festkomitee die verschiedensten öffentlichen Stellen wie Stadtverwaltung, Feuerwehr und Polizei, die Abfallwirtschaftsbetriebe, die Kölner Verkehrsbetriebe und die Deutsche Bahn zusammen.

Bereits im Jahr 2013 gab es mehrere Treffen mit allen Netzwerkpartnern für den Rosenmontagszug 2014.

In der heißen Phase, etwa 14 Tage vor dem Zug, fahren dann alle Entscheider gemeinsam mit einem Bus die Zugstrecke ab bzw. begehen Teile davon zu Fuß. Das kann durchaus fünf bis sechs

Stunden dauern. Die größte Herausforderung in diesem Jahr war dabei ein Baukran, der inmitten des Zugweges im Bereich der Mittelstraße stand. Dessen Genehmigung war abgelaufen und so musste der Kran für den Rosenmontagszug abgebaut werden. Zur Fortsetzung der Bauarbeiten nach dem Rosenmontagszug wird er dann durch einen Mobilkran ersetzt. Solche sonst langwierigen Entscheidungsverfahren werden im Netzwerk zum Teil unmittelbar vor Ort getroffen.

Höchstmögliche Sicherheit garantieren

Die Sicherheit im Rosenmontagszug hat einen großen Stellenwert. Insgesamt sind 2.000 Wagenbegleiter, die sogenannten Wagenengel im Einsatz, dazu kommen Sicherheitskräfte privater Sicherheitsdienste an den Tribünen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln sowie die der Hilfsorganisationen und die Beamten der Feuerwehr und der Polizei NRW.

Das Sicherheitskonzept, das spätestens seit 16.08.2012 per Erlass durch das MIK NRW als wesentliche Grundlage für Großveranstaltungen gilt, ist zugleich Orientierungsrahmen für die kommunalen Planungen, Genehmigungen, Durchführungen und Nachbereitungen von Großveranstaltungen im Freien. Dieser Orientierungsrahmen ist nach dem Unglück von Duisburg anlässlich der Loveparade in intensiver Abstimmung zwischen den

Kommunen und dem MIK NRW entstanden und wurde ebenfalls per Erlass des MIK NRW vom 04.09.2012 auch der Polizei im Hinblick auf die Beachtung bei der Planung und Durchführung von Großveranstaltungen in Abstimmung mit den kommunalen Ordnungsbehörden zur Kenntnis gegeben. Eine Besonderheit gibt es seit 2012 aus der Folge der Erlasse in Form des so genannten Koordinierungsgremiums. Im Rahmen des Rosenmontagszuges ist das Koordinierungsgremium, das in der Handwerkskammer Köln untergebracht ist, gleichzeitig auch Leitstelle für den Funkverkehr des Veranstalters und verbindet nicht nur die Funkstellen im Zug, sondern ermöglicht es der Zugleitung, aktiv am Funkverkehr teilzunehmen. Sie kann, wenn nötig, die GPS-Signale an den Zugwagen aktivieren und so direkten Kontakt aufnehmen, falls schnell sicherheitsrelevante Entscheidungen zu treffen sind.

Ein Netzwerk – viele Beteiligte

Viele verschiedene Akteure arbeiten gemeinsam daran, dass am Rosenmontag alles planmäßig abläuft. Dabei hat jeder seine ganz persönliche Sicht auf seine Aufgabe und das kölsche Treiben:



Foto: Joachim Rieger

Christoph Kuckelkorn, seit neun Jahren Leiter des Kölner Rosenmontagszuges und Geschäftsführer der Gemeinnützigen Gesellschaft Kölner Karneval mbH

» Aufgabe des Festkomitees ist es, die Tradition und das Brauchtum des Kölner Karnevals zu pflegen sowie seine kölsche Eigenart und Ursprünglichkeit zu erhalten. Zu den Aufgaben zählen unter anderem die Gestellung des Kölner Dreigestirns und die Ausrichtung des Kölner Rosenmontagszuges. Am Rosenmontag selbst bin ich ab drei Uhr morgens unterwegs. Wenn der Zug um 10.30 Uhr startet, bin ich als Zugleiter auf dem ersten Wagen. Viel Zeit zum Schlafen bleibt danach nicht, denn am Veilchendienstag stellen wir bereits das neue Motto für den Kölner Karneval 2014/2015 vor. «

**START
ZUGWEG**



10:30
CHLODWIGPLATZ





Fotos(2): Redaktion Streife

Alexander Dieper, seit 2005 im Festkomitee Kölner Karneval zuständig für die Sicherheit des Rosenmontagszuges



Marcel Beyersdorf, seit 2008 im Festkomitee Kölner Karneval und seit vier Jahren für die Vermarktung der Platzflächen und Buden entlang des Zugweges verantwortlich

» Die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten ist sehr eingespielt. Dadurch, dass wir uns alle über die Jahre kennen, haben wir nur kurze Wege und einen direkten Draht zueinander. Das erleichtert die Organisation des Zuges und die Absprachen ungemein. Trotz aller Routine muss ich zugeben, dass ich in der Nacht vor dem Zug kaum schlafe und es auch schon Jahre gab, in denen ich schon nachts um halb drei vor Ort war. «

» Die Kooperation in diesem Netzwerk läuft hervorragend. So eine eng verzahnte Zusammenarbeit habe ich selten erlebt und das hängt natürlich besonders mit dem Engagement der Menschen zusammen. Wenn ich Rosenmontag um vier Uhr morgens mit der Arbeit beginne, dann stehen die meisten Betreiber schon an ihren Plätzen und bauen auf. Wir haben jedes Jahr für die Flächen mehr als 100 Bewerber aus dem Rheinland und zum Teil auch aus anderen Bundesländern wie Berlin oder Sachsen. Letztlich können wir um die 70 feste Buden und einige wenige mobile Lizenzen vergeben. Ein guter Mix aus Getränke-, Essens- und Souvenir-Angeboten ist uns dabei sehr wichtig. «

11:44
SCHILDER-
GASSE

11:05
SEVERINSTRASSE
LÖWENGASSE

11:32
HOHE PFORTE



Fotos(2): Julia Fischer

Antje Vollmer, Polizeibeamtin in der 14. Einsatzhundertschaft der Polizei Köln und bereits das zehnte Jahr am Zug



Michael Temme, Leitender Polizeidirektor und Leiter der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz in Köln und seit 2004 Polizeiführer des Einsatzes »Rosenmontagszug«

» Gerade in den Karnevaleinsätzen funktioniert die Zusammenarbeit mit anderen Stellen hervorragend. Man unterstützt und hilft sich gegenseitig. Schließlich gibt es diesen Einsatzen ja auch schon lange genug, so dass ein in sich schlüssiges Konzept entwickelt werden konnte. Bei anderen größeren Einsätzen hat man oft mit Menschen zu tun, die auf Auseinandersetzungen, Abenteuer und Nervenkitzel aus sind. Die meisten Besucher des Straßenkarnevals haben andere Ziele: Feiern und Spaß haben. Werden wir Polizisten in vielen großen und langen Einsätzen als »Feindbild« betrachtet, so scheint es im Karneval genau umgekehrt zu sein. Wir scheinen eine nahezu magische und anziehende Wirkung auf die Feiernenden zu haben. Statt ihre Tausenden von Mitfeiernden auf der Straße in ihr Partygeschehen mit einzubinden, versuchen sie immer wieder, uns mit einzubeziehen: Für einige Besucher des Karnevals scheint es eine unwiderstehliche Versuchung zu sein, die Aufmerksamkeit einer Einsatzkraft für sich zu gewinnen. So werden wir unabhängig davon, ob wir nur Streife gehen oder intensiv in Maßnahmen eingebunden sind, im Minutentakt mit Sprüchen, wie »Tolles Kostüm!«, »Seid ihr echt?«, »Liebsche, lach doch mal, is Karneval!« beschallt. Einige Male habe ich aus Spaß einen Klickzähler im Einsatz mitgeführt und den Spruch »Tolles Kostüm!« gezählt. An den »Hauptkampftagen« hatte mein Klicker am Ende des Einsatzes immer einen Wert zwischen 70 und 100 Klicks. Dennoch denken die meisten dieser Wortakrobaten, sie seien besonders lustig und originell. Nicht selten halten sie sich dazu auch noch für unwiderstehlich, suchen Körperkontakt und unterschreiten die Distanz der berühmten »Armlänge Abstand«. Alkohol, euphorische Partystimmung, »dat kölsche Jeföhl« und die Tradition zu »bütze« scheinen im Karneval regelrechte Rechtfertigungsgründe zu sein, gängige Umgangsformen und Höflichkeiten zu vergessen und Distanzen zu unterschreiten. «



» Das Besondere am Kölner Karneval und am Rosenmontagszug ist die Vorbereitung über viele Monate. Probleme, die auffallen, werden immer wieder überprüft und angesprochen. Es hat sich mittlerweile eine große Routine bei allen Beteiligten eingestellt, so dass der Einsatz reibungslos läuft, weil über die Jahre die Räder wie in einem Uhrwerk funktionieren und miteinander verzahnt sind. Getroffene Absprachen werden von allen am Prozess beteiligten Personen verbindlich eingehalten.

Bei so einem großen Ereignis wie dem Rosenmontagszug wirken wir als Polizei nach den Vorgaben des Ministeriums. Nach der »Loveparade« in Duisburg sind Regeln für die Planung und Durchführung von Veranstaltungen erlassen worden.

Es existiert ein formales Sicherheitskonzept, nach dem gearbeitet wird. In diesem Jahr stand zum Beispiel auf der Mittelstraße ein Kran durch den eine gefährliche Engstelle am Zugweg entstand. Wir haben die Stadt Köln als Genehmigungsbehörde dahingehend beraten, dass der Kran als zu großes Risiko für die Zugteilnehmer und Zuschauer einzustufen ist. Die Genehmigungsbehörde hat dafür Sorge getragen, dass der Kran zeitgerecht vor Beginn des Umzuges abgebaut wird. Das, was wir im Vorfeld zur Sicherheit beitragen können, erleichtert uns das Arbeiten am Einsatztag. Im Einsatz selbst übernimmt die Polizei auf Ersuchen Teile der Aufgaben des Ordnungsdienstes, die diese nicht ausführen können oder dürfen. Aber die Polizei nimmt dabei keine Veranstalteraufgaben wahr, sondern folgt ihrem gesetzlichen Auftrag der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Für den diesjährigen Rosenmontag kann ich sagen, dass wir einen tollen und sehr friedlichen Verlauf hatten. «



Foto: Julia Fischer

Dennis Ardischoll, Polizeibeamter in der 14. Einsatzhundertschaft der Polizei Köln und bis jetzt acht Mal am Zugweg dabei



Melissa Dahl, Kommissaranwärterin und Studierende an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Köln, zum ersten Mal als Polizeibeamtin am Rosenmontagszug eingesetzt

» Das Besondere am Rosenmontagszug ist vor allen Dingen, dass es keine typische Tumultlage ist, obwohl sich viele Menschen auf engem Raum befinden. Die Stimmung der Zuschauer und Zugteilnehmer ist geprägt vom gemeinschaftlichen Miteinander und Frohsinn und nicht, wie beispielweise in den späten Abendstunden an Altweiber, von überhöhtem Alkoholkonsum und Unsinn. Daher ist auch unsere Marschrichtung eine ganz andere und besteht darin, Gefahren für Zuschauer und Zugteilnehmer zu verhindern.

Während der Arbeit am Zugweg ist man vollkommen gefangen im Karnevalsgeschehen, was an sich ein sehr harter Job ist: Man muss immer auf der Hut sein, nicht von tief fliegenden Kamellen und hemmungslosen »Bützmaschinen« getroffen zu werden. Mir hilft es am meisten, mit viel Spaß an die Sache heranzugehen. Dann stört mich auch der gefühlt Tausendste am Tag nicht, der noch einen tollen Spruch auf den Lippen hat. Wobei es natürlich zeitweise etwas verstörend für das eigene Weltbild ist, wenn man morgens um halb zehn Superman in seinem eigenen Erbrochenen liegen sieht. Aber auch daran gewöhnt man sich mit den Jahren.

Insgesamt ist es immer wieder beeindruckend, wie viele freiwillige Helfer die Rettungsdienste aktivieren können, um einen möglichst effektiven Arbeitsablauf auf die Beine zu stellen. Meiner Meinung nach wäre es sehr wünschenswert, wenn die eine oder andere Dienststelle mit ebenso viel Engagement an solch einen Einsatz herangehen würde. «

» Für mich ist Karneval jedes Jahr ein tolles Ereignis, auf das ich mich schon ab dem Sessionsbeginn am 11.11. freue. Der Rosenmontagszug ist für mich das Highlight in jedem Jahr, nicht zuletzt, weil ich selber in unserem Dorf viele Jahre Gardetanz gemacht habe und mit meiner Gruppe auch im Zug mitgegangen bin.

Wenn man selber den Karneval liebt, macht es riesigen Spaß, den ganzen Jecken beim Feiern zuzugucken. Da ist man auch nicht böse, wenn man von dem ein oder anderen Teilnehmer des Zuges ein »Strüßjer« angesteckt bekommt und »jebützt« wird. Ganz im Gegenteil: Man freut sich sogar, weil es meistens mit einem netten »Danke, dass ihr hier heute einen tollen Job macht und Spaß dabei habt«, verbunden ist. Wie oft ich diesen Satz gehört habe, konnte ich gar nicht zählen.

Man merkte zwar am Rosenmontag deutlich, wie der Alkoholpegel vieler Zuschauer von Stunde zu Stunde stieg, aber auch im alkoholisierten Zustand stand für sie das Feiern im Vordergrund. Sie hatten Verständnis, dass es notwendig ist, auf dem Bürgersteig stehen zu bleiben, vor allem wenn die großen Wagen oder eine Truppe von Reitern vorbei kamen. Sprüche wie »Geiles Kostüm!« oder »Seid ihr echt?!« waren an der Tagesordnung. Gegen Ende des Einsatzes wurden sie allerdings immer mehr und ehrlich gesagt auch lästig.

Der Einsatz an Karneval war zwar sehr lang, hat mir aber sehr viel Spaß gemacht. Die Zeit ging schnell vorüber und ich würde den Einsatz gern wieder mitmachen, auch wenn meine Füße nach zwei Tagen Zugbegleitung fürchterlich gebrannt haben. «

Anmerkung der Redaktion: Eine Vielzahl der Einsatzkräfte war bereits bei den »Schull- un Veedelszöch« am Karnevalssonntag eingesetzt.

12:08
RUDOLFPLATZ



Fotos(2): Redaktion Streife

Phil Ackers, Kommissaranwärter und Studierender an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Köln, zum vierten Mal im Rosenmontagszug eingesetzt

»er Rosenmontagszug ist nicht nur ein besonderer Tag für alle Kölner Karnevalisten, sondern ein internationales Event. Gerade als Polizist ist es immer wieder schön zu sehen, wie Menschen aus allen Ecken der Welt zusammen schunkeln und singen, auch wenn der Text nicht immer perfekt sitzt.

Im Einsatz sollte man professionell bleiben – auch im Umgang mit den vielen Betrunkenen. Der Bürger sieht ja in fast allen Fällen die Uniform und nicht den Menschen, der sie trägt. Diesen Gedanken sollte jeder von uns im Hinterkopf behalten, um sich nicht persönlich angegriffen zu fühlen. Gerade Betrunkene haben oftmals einen besonderen Spaß daran, sich mit ihrem frisch angetrunkenen Mut an die Polizei zu wenden und Witze zu machen. Genau hier ist es unsere Aufgabe, zu entscheiden, wo der Spaß seine Grenze findet. An Karneval ist diese Grenze ganz im Sinne des kölschen Frohsinns auch mal auszudehnen.

Mein persönlicher Geheimtipp für alle männlichen Kollegen: Nie ein Strüßje in der Brusttasche tragen, denn dann dauert es nicht lange, bis das nächste Funkemariechen einem mit dem Satz »Was? Ein Polizist ohne Strüßjer? Das geht aber nicht!« ein Strüßjer samt Bützjer aufdrückt. <<

12:22
FRIESENPLATZ

12:41
BURGMUER

13:10
GÜLICHPLATZ

Nach Rosenmontag ist vor Rosenmontag

Von Weiberfastnacht bis Veilchendienstag fanden in NRW 269 Karnevalsumzüge mit insgesamt etwa 7,8 Millionen Zuschauern statt. Die Polizei NRW war mit 5.074

Einsätzen mit Karnevalsbezug beteiligt. Karneval ist nicht nur in Köln ein Lebensgefühl, dem sich nicht nur die Jecken und Narren, sondern auch Touristen, die eingesetzten Polizeibeamten, Feuerwehrleute,

die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie viele andere mehr hingeben. In diesem Sinne: Alaaf, Helau und Aloha – auf gute Zusammenarbeit im nächsten Jahr! /// **Dana Zimmermann, MIK NRW**

DAS 1X1 DES KARNEVAL

Bützje/Bützjer

> Ein Bützjer ist ein Küsschen. Der Karnevalskuss ist besonders an Weiberfastnacht eine beliebte Trophäe. Darum nie den roten Lippenstift vergessen, Mädels!

Kamelle

> Der Begriff kommt von Karamell bzw. den Karamellbonbons. Wenn die Jecken am Zugweg »Kamelle!« brüllen, meinen sie allerdings jegliche Art von Süßigkeiten.

Tanzmariechen/Funke(n)mariechen

> ist eine traditionelle Figur im Karneval, die an die früheren Marketenderinnen angelehnt ist. Diese begleiteten und verpflegten militärische Truppen.

Strüßje/Strüßjer

> Strüßjer sind kleine Blumensträußchen. Rund 300.000 davon werfen die Kölner Karnevalisten am Rosenmontag in die Menge.

Helau, Alaaf und Aloha

> Regionale Schlachtrufe für die Zeit des Karnevals und der Masken



Fotos(4): Julia Fischer

Foto: Redaktion Streife



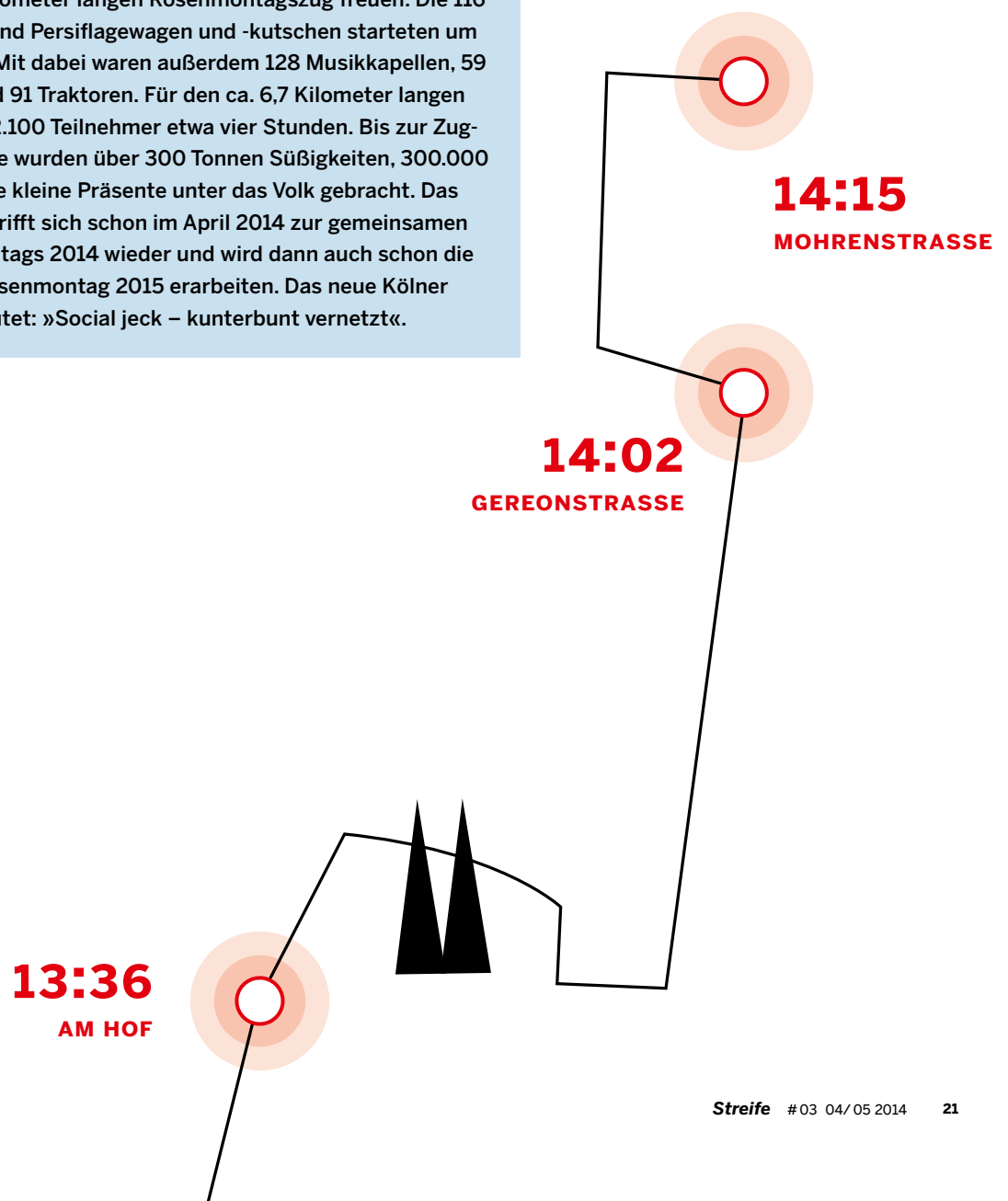


Foto: Redaktion Streife

FAKTEN ZUM KÖLNER KARNEVAL

In dieser Session lautete das Motto des Kölner Karnevals »ZOKUNF – MER SPINGKSE WAT KÜTT«. Die Kölner, »Imis« und Touristen konnten sich über einen prächtigen und fast sieben Kilometer langen Rosenmontagszug freuen. Die 116 teilnehmenden Fest-, Prunk- und Persiflagewagen und -kutschen starteten um 10.30 Uhr am Chlodwigplatz. Mit dabei waren außerdem 128 Musikkapellen, 59 Bagagewagen, 480 Pferde und 91 Traktoren. Für den ca. 6,7 Kilometer langen Zugweg brauchten die rund 12.100 Teilnehmer etwa vier Stunden. Bis zur Zugauflösung in der Mohrenstraße wurden über 300 Tonnen Süßigkeiten, 300.000 Strüßler und Tausende weitere kleine Präsente unter das Volk gebracht. Das Netzwerk »Kölner Karneval« trifft sich schon im April 2014 zur gemeinsamen Nachbereitung des Rosenmontags 2014 wieder und wird dann auch schon die ersten Absprachen für den Rosenmontag 2015 erarbeiten. Das neue Kölner Sessionsmotto 2014/2015 lautet: »Social jeck – kunterbunt vernetzt«.

ENDE ZUGWEG



Von den Erfahrungen anderer profitieren

Neue Datenbank NapolEon ist online



Freitagabend, Nachtdienst: Unser Dienstgruppenleiter unterrichtet meine Kollegen und mich über eine spektakuläre Verfolgungsfahrt in einer benachbarten Behörde: Im Laufe der Verfolgungsfahrt stieß der flüchtende PKW gegen einen entgegenkommenden Streifenwagen – eine Kollegin wurde dabei schwer am Kopf verletzt und ein Kollege verletzte sich leicht an der Hand. Der flüchtende PKW rammte sich kurze Zeit später den Weg frei, als vier Streifenwagen ihn einzukeilen versuchten und fuhr über einen Feldweg davon. Dort kollidierte er dann mit einem weiteren Streifenwagen. An den Wagen entstanden rund 40.000 Euro Sachschaden. Bei der Durchsuchung des Fluchtfahrzeugs wurde neben umfangreichem Diebesgut auch eine durchgeladene Schusswaffe unter dem Fahrersitz gefunden.

Ich höre äußerst aufmerksam zu, schließlich habe ich mich immer schon gefragt, wie ich in einer solchen Einsatzsituation reagieren würde. Aber noch bevor unser Dienstgruppenleiter seinen Bericht abschließen kann, werden wir zu einem Einsatz gerufen. Die Gedanken an diesen spektakulären Einsatz in der benachbarten Behörde lassen mir aber

keine Ruhe und gehen mir immer noch durch den Kopf: Wie geht es wohl den beiden am Einsatz beteiligten Kollegen? Wie wurde dieser Einsatz eigentlich nachbereitet und wie wurden die beteiligten Kollegen nach dem Einsatz betreut?

Zurück auf der Dienststelle, nutze ich die Gelegenheit und informiere mich selbst über den Einsatz in der Nachbarbehörde – in der Online-Datenbank NapolEon. Ich lese dort den vollständigen Abschlussbericht dieses Einsatzes im Detail nach und stelle fest, dass dieser Einsatz polizeitaktisch offensichtlich gut abgearbeitet wurde, was auch im Zuge der Einsatznachbereitung deutlich herausgestellt wurde. Diese positiven Einsatzerfahrungen können dazu beitragen, dass meine Handlungssicherheit in ähnlich verlaufenden Einsatzlagen gesteigert wird. Mögliche einsatztaktische und rechtliche Fragen, die ich mir selbst gestellt habe, werden beantwortet, bestärken mich in meinem künftigen Handeln und geben mir Sicherheit.

So oder so ähnlich kann die Praxis für alle Polizistinnen und Polizisten ab sofort aussehen, wenn sie sich in der Anfang März 2014 an den Start gegangenen neuen Online-Datenbank NapolEon (»Nachbereitung polizeilicher Einsätze online«) über die Nachbereitung einer komplexen Einsatzlage informieren wollen.

Einsatznachbereitungen steigern die Qualität der polizeilichen Arbeit

Einsatznachbereitungen finden im täglichen Dienst fortwährend statt. Wenn Kolleginnen und Kollegen aus dem Wachdienst nach einem Einsatz mit dem Streifenwagenkollegen darüber sprechen und analysieren, ob die Art und Weise der Einsatzbearbeitung effektiv und sinnvoll war, ist das auch schon eine Form der Nachbereitung. Diese Erfahrungen werden zudem innerhalb der Dienstgruppe, aber auch in der Wache oder sogar im Bereich der jeweiligen Polizeibehörde thematisiert. Nichts anderes ist es, wenn ein Einsatz gemäß Landesteil NRW zur PDV 100 vs-NfD, Teil C, formell nachbereitet wird. Auch hier wird das Einsatzgeschehen analysiert und ausgewertet.

Es ist äußerst wichtig, positive Erfahrungen aus Einsätzen herauszustellen und diese weiterzuverbreiten. Denn nur wenn die Erfahrungen weitergegeben und andere Teammitglieder daran teilhaben können, kann die Gemeinschaft davon profitieren. Nur dann kann der Lerneffekt zu einem optimierten Prozess auf dem Weg zu den polizeilichen Zielen führen. Jede Polizeibeamtin und jeder Polizeibeamte sollte verinnerlichen, wie wertvoll die

Weitergabe eigener Erfahrungen und subjektiven Erlebens eines Einsatzes für die Gesamtorganisation Polizei ist. Im Sinne von »Best Practice« können so alle Interessierten an den Erfahrungen der Beamtinnen und Beamten teilhaben. Erfolgreiche und vielversprechende Einsatzbewältigungen werden als Anregung für das eigene künftige Handeln an die anderen Teammitglieder übermittelt. Im Gegenzug werden aber auch schlechte Erlebnisse geteilt und es wird thematisiert, wo die Beamten selbst Verbesserungspotential sehen oder sich schlichtweg nicht wohlfühlt haben.

Welches vorrangige Ziel hat NapolEon?

NapolEon hilft dabei, das Erfahrungswissen aus Einsatznachbereitungen bereitzustellen, um diese Informationen zielgerichtet im täglichen Einsatzgeschehen umsetzen zu können. Mit diesem Ziel werden Einsatznachbereitungen in einer Datenbank suchfähig dargestellt. Dadurch werden für den Nutzer Erfolgsstrategien deutlich, aber auch Schwachstellen und Schnittstellenprobleme. Ziel ist die Sicherung bzw. Verbesserung der Qualität polizeilicher Arbeit und die Steigerung der Handlungssicherheit in zukünftigen

Einsatzlagen sowie die Transparenz von Führungsentscheidungen. Das Lernen von Anderen steht hier im Vordergrund.

Insbesondere die Erkenntnisse aus der NRW-Studie »Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte« haben das Bedürfnis von Polizistinnen und Polizisten nach einem größeren Einblick in die Ergebnisse polizeilicher Einsatznachbereitung noch einmal deutlich hervorgehoben. Diesem Bedürfnis wird jetzt mit NapolEon in besonderem Maße Rechnung getragen.

Was wird in NapolEon eingestellt?

In NapolEon werden die Ergebnisse von Einsatznachbereitungen zu komplexen und besonderen Einsatzlagen nach ihrer Freigabe veröffentlicht. Grundsätzlich sind folgende Ergebnisse von Einsatznachbereitungen für die Veröffentlichung vorgesehen:

- > Alle im Landesteil NRW zur PDV 100 vs-NFD, Teil c, genannten Einsatzeinsätze
- > Alle Einsatzeinsätze bei denen in den jeweiligen Landesteilen NRW zur PDV 100 vs-NFD, Teil I, K und O eine Einsatznachbereitung zwingend vorgeschrieben ist.

> Im Einzelnen sind dies:

- > Verfolgungsfahrten
- > Bedrohungslagen
- > Falschfahrer
- > größere Schadensereignissen
- > Amoktaten
- > Anschläge
- > Geiselnahmen
- > größere demonstrative Aktionen

Zu den Informationen aus dem Abschlussbericht erhält der Nutzer ggf. neben der Sachverhaltsdarstellung und dem Einsatzverlauf auch rechtliche Informationen sowie andere nützliche Auskünfte zu den jeweiligen Themen.

Wo findet man NapolEon?

Die Datenbank NapolEon befindet sich auf der Intrapolseite: <http://intrapol.polizei.nrw.de/EINSATZ/EABAE/NAPOLEON/Seiten/default.aspx> unter der Rubrik: »Fachportal Einsatz«, »Einsätze aus besonderem Anlass«, »Einsatznachbereitung«.

Für die Nutzung von NapolEon wird eine Arbeitsanleitung auf der oben aufgeführten Intrapolseite zur Verfügung gestellt. Hier ist nachzulesen, wie man die Anwendung nutzt und an welche Vorgaben die Veröffentlichung einer Nachbereitung gebunden ist. ///

Stephan Körver, MIK NRW

NAPOLEON IM ÜBERBLICK: WAS WAR DIE AUFTRAGSLAGE ZU NAPOLEON?

Das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW) wurde durch das Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK NRW) beauftragt, ein Konzept zu erstellen, auf dessen Basis die Ergebnisse von Einsatznachbereitungen online im Intrapol zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Abschlussberichte zu Einsatz-

nachbereitungen werden von zentraler Stelle beim LZPD NRW in ein PDF-Dokument umgewandelt und nach Genehmigung des MIK NRW in NapolEon eingepflegt. Bei den unterschiedlichsten Suchmöglichkeiten stand die Benutzerfreundlichkeit im Mittelpunkt.

Die Ansprechpartner des LZPD NRW stehen allen Kolleginnen und Kollegen für weitere Hinweise und Anregungen gerne zur Verfügung:

Angela Sinnigen
Tel.: 07-223-4828 bzw. 0203 4175 4828
angela.sinnigen@polizei.nrw.de

Dirk Haberkamp
Tel.: 07-223-4835 bzw. 0203 4175 4835
dirk.haberkamp@polizei.nrw.de



Paderborner »Haus des Jugendrechts« eingeweiht »Die Schreibtische zusammenschieben«

Wenn gleich zwei Landesminister einen Termin in Paderborn wahrnehmen, muss etwas Besonderes die Ursache sein: NRW-Innenminister Ralf Jäger und NRW-Justizminister Thomas Kutschaty eröffneten zusammen mit etwa 100 geladenen Gästen aus Politik, Justiz, Polizei und Kommunalverwaltung gemeinsam das »Haus des Jugendrechts Paderborn« – das erste seiner Art in einem Kreisgebiet.

Nach dem Kölner Vorbild, wo bereits seit einigen Jahren erfolgreich ein solches Haus betrieben wird, arbeiten nun auch in Paderborn die Polizei, die Jugendgerichtshilfen der Stadt und des Kreises sowie die Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung der Jugendkriminalität im »Haus des Jugendrechts« eng unter einem Dach zusammen. Im Rahmen der Einweihungsfeier am 23. Januar 2014 wurde der zuvor von allen beteiligten Stellen entworfene Kooperationsvertrag von den verantwortlichen Leitern der ausführenden Behörden im Beisein der beiden Landesminister unterzeichnet.

In vielen Fällen finden Jugendliche und Heranwachsende ohne eine förmliche Reaktion durch Polizei und Justiz wieder auf den richtigen Weg zurück. Allerdings fällt ein kleiner harter Kern von Tatverdächtigen als Mehrfach- und Intensivtäter auf, der über einen längeren Zeitraum auch schwere Straftaten begeht. Diese Intensivkriminalität gibt Anlass zur Sorge. Auch in Paderborn spiegelt sich dieses Bild. Im Landgerichtsbezirk Paderborn hat sich die Anzahl der Intensivtäterverfahren im Jahr 2013 im Vergleich zum Jahr 2012 verdoppelt. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 92 Intensivtäterverfahren erfasst, die überwiegend eine Vielzahl von Tatvorwürfen zum Gegenstand haben. Demgegenüber ist aber die »normale« Jugendkriminalität rückläufig. Beide Minister hoben hervor, dass die Bekämpfung von Jugendkriminalität eine hohe Priorität für die Landesregierung habe: »Hier in Paderborn wird nun das Prinzip der zusammengeschiebenen Schreibtische verfolgt.« Innenminister Jäger erläuterte, dass das Haus des Jugendrechts ein Modell der kurzen Wege ist, wo alle Kooperationspartner »quasi über den Flur« zusammenarbeiten können. Mit Blick auf die gemeinsame Zusammenarbeit

von Polizei, Staatsanwaltschaft, Stadt und Kreis meinte Jäger: »Wenn man gute Ergebnisse erzielen will, müssen alle Beteiligten eng zusammenarbeiten. Am stärksten sind Netzwerke immer dann, wenn sie von allen getragen werden!« Justizminister Kutschaty stellte in seiner Ansprache heraus: »Erstmals ist in Nordrhein-Westfalen ein solches Haus eingerichtet worden, dessen Zuständigkeitsbereich sich über ein ganzes Kreisgebiet erstreckt. Damit ist dieses Haus ein Vorbild für andere Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen.«

Schnell reagieren auf kurzem Dienstweg

Während die beteiligten Stellen bisher bei straffällig gewordenen Jugendlichen grundsätzlich nacheinander und getrennt gearbeitet haben, werden in der neuen Einrichtung Intensivtäter schneller und direkter durch die staatlichen Stellen betreut. Liegt gegen einen Jugendlichen ein Ermittlungsverfahren vor, geht die Akte im Haus des Jugendrechts von Hand zu Hand und nicht wie bisher auf einen langen Postweg. Der Jugendliche erhält einen festen Ansprechpartner in der jeweiligen Institution. Danach greifen Instrumente der Vorbeugung und der konsequenten Strafverfolgung wie zum Beispiel Gefährderansprachen oder schnelle Sanktionen. »Der Jugendliche soll merken, dass er unter Beobachtung steht und die Folgen seiner Tat sofort zu spüren bekommt. Die Behörden gehen dann



offensiv auf ihn und seine Eltern zu«, erklärt der Innenminister. Den Behörden im Haus des Jugendrechts stehen alle Informationen rasch zur Verfügung, wenn es für den Jugendlichen eng wird und eine mögliche Inhaftierung droht. Informationen des Jugendamts über den jugendlichen Beschuldigten, seine Familie sowie über die Möglichkeit seiner Unterbringung in einem Heim der Jugendhilfe als Alternative zur Untersuchungshaft werden ebenso bereitgehalten wie etwa die Erkenntnisse von Polizei und Staatsanwaltschaft zu seiner Strafbarkeit und über seine Kriminalprognose. In Fallkonferenzen stimmen die Mitarbeiter dann Maßnahmen ab und leiten schnellstens weitere Schritte ein. Gerade durch die unmittelbare Abstimmung mit



»Wenn man gute Ergebnisse erzielen will,
müssen alle Beteiligten eng zusammenarbeiten.
Am stärksten sind Netzwerke immer dann,
wenn sie von allen getragen werden!«

Ralf Jäger

der Staatsanwaltschaft können langwierige polizeiliche Ermittlungen vermieden und von der Jugendgerichtshilfe initiierte erzieherische Maßnahmen beschleunigt werden.

Neben den kurzen Reaktionszeiten beim Umgang mit den Strafverfahren und den straffällig gewordenen Jugendlichen betonte der Innenminister weiterhin die Nachhaltigkeit im Bezug auf die Entstehung von kriminellen Karrieren: »Mit der neuen Einrichtung ist zugleich die Hoffnung verbunden, dass negative Entwicklungen von Jugendlichen nachhaltig beeinflusst werden. Weniger Straftäter bedeuten weniger Straftaten und damit weniger Opfer«, so Jäger. Bereits in den ersten Wochen konnte das Haus des Jugendrechts zwei Erfolge erzielen. Die beiden betroffenen Jugendlichen gaben nicht nur die ihnen vorgehaltenen Taten zu, sondern legten auch gleich eine »Lebensbeichte« ab.

Schnell reagieren, damit die Wirkung nicht verpufft

Die Idee zu dem außergewöhnlichen Präventionskonzept hatte der Leitende Oberstaatsanwalt Volker Schmerfeld-Tophof schon vor über drei Jahren. Im Zentrum seiner Überlegungen stand, eine behördenübergreifende Einrichtung zu schaffen, die sich in gemeinschaftlicher und abgestimmter Arbeit schnell mit den Delinquenten beschäftigt, damit die Wirkung der staatlichen Sanktionen nicht in langwierigen Verfahren verpufft.

Der Paderborner Landrat Manfred Müller hat in seiner Doppelfunktion als Leiter der Kreispolizeibehörde und des Kreisjugendamtes das Projekt mit auf den Weg gebracht. Er betonte, ihm sei das »Haus des Jugendrechts« ein persönliches Anliegen. »Durch die enge Zusammenarbeit auf einem Flur gehen wir einen ganz

neuen Weg, steigern die Reaktionsgeschwindigkeit auf die Straftat der jungen Täter, bieten aber gleichzeitig auch sozialarbeiterische Möglichkeiten an. Das führt nach unserer Auffassung zu nachhaltigen Ergebnissen und einem Abbruch von kriminellen Karrieren, für die die Allgemeinheit sonst die Lasten zu tragen hätte.«

Das Ministerium für Inneres und Kommunales wünscht allen Beteiligten eine erfolgreiche Umsetzung des Konzepts. ///

Uli Krawinkel, KPB Paderborn

MÖGLICHKEITEN UND ZIELE DES »HAUS DES JUGENDRECHTS«

- > auf abweichendes Verhalten von Jugendlichen kann früher reagiert werden. Somit können entstehende kriminelle Karrieren frühzeitig erkannt und deren Verfestigung entgegengewirkt werden.
- > die kriminellen Karrieren jugendlicher und heranwachsender Intensivtäter können schneller beendet werden.
- > Damit kann insgesamt einen wesentlicher Beitrag zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls und der objektiven Sicherheitslage in der Stadt und im Kreis Paderborn geschaffen werden.

Kurskonzept »Frühintervention bei erst auffälligen Drogenkonsumenten (FreD)«

Polizei, Justiz und Suchtberatung ziehen an einem Strang

Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz sind für die meisten Jugendlichen einmalige oder nur temporäre Erfahrungen. Für einige bleibt es jedoch nicht beim Ausprobieren: Sie können durch längerfristigen Konsum in die Sucht und in der Folge auch in die Beschaffungskriminalität abgleiten. Speziell für diese Zielgruppe kann eine frühzeitige Intervention aus dieser Sackgasse herausführen. Mit dem FreD-Kurskonzept hat die Koordinationsstelle Sucht des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) bereits vor 14 Jahren ein erfolgreiches Präventionsinstrument geschaffen, um Drogen konsumierende Jugendliche zu erreichen, bevor sich bei ihnen eine Abhängigkeit von Rauschmitteln manifestiert. An über 30 Standorten in NRW ist das Konzept schon etabliert.

Maßnahmen zur Drogenprävention in Schulen und Jugendeinrichtungen sind ein wichtiger Baustein der Aufklärung. Damit soll verhindert werden, dass junge Menschen überhaupt erst zu Drogen greifen. Die Neugierde auf den Rausch ist jedoch trotzdem bei vielen latent vorhanden. Zusätzlicher Druck entsteht, wenn andere Jugendliche aus der Clique trinken oder Drogen nehmen und

damit andere dazu motivieren oder anstiften. So werden Jugendliche immer wieder Erfahrungen mit illegalen Drogen oder übermäßigem Alkoholkonsum machen. Neben der allgemeinen Aufklärung über Suchtgefahren und der Suchtbehandlung für Abhängige ist es daher entscheidend, auch die Jugendlichen ganz konkret in den Blick zu nehmen, die erstmals als Konsumenten auffällig werden. FreD richtet sich als Präventionsmaßnahme daher ganz gezielt an die Jugendlichen, die aufgrund ihres riskanten Konsums gefährdet sind und schließt somit eine Lücke im Präventionsangebot.

Kernelement des Programms ist ein kurzer und passgenau konzipierter Kurs durch Fachkräfte der Suchtprophylaxe, der die jungen Menschen dabei unterstützt, eine neue und kritische Haltung zum eigenen Konsum zu entwickeln. Er wird mit einem Ansatz von insgesamt acht Stunden, aufgeteilt auf zwei oder vier Tage, durchgeführt. Die Gruppe soll dabei zwischen sechs und zwölf Jugendlichen umfassen und ist für Konsumenten aller illegalen Drogen außer Heroin offen. Derzeit nehmen hauptsächlich jugendliche Cannabiskonsumenten das Angebot an, aber auch Jugendliche, die durch Alkohol im Zusammenhang mit Straftaten auffällig geworden sind.

Suchtgefährdete Jugendliche so früh wie möglich an FreD vermitteln

Aber wie findet man einen Zugang zu den Jugendlichen, die als Drogenkonsumenten erstmals auffallen? Das funktioniert nur wirkungsvoll über konstruktive Kommunikation und Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und der Jugendhilfe im Strafverfahren. Denn hier werden besonders häufig Jugendliche und Heranwachsende

bekannt, die in riskanten Mengen Drogen zu sich nehmen oder Alkohol trinken. Dieses »erste Mal« ist ein sehr wichtiger und sensibler Zeitpunkt. Oft entscheidet sich jetzt, wohin der Weg führt. Denn fest steht: Je länger sich eine Gewohnheit wie der Konsum von Rauschmitteln einschleicht, desto schwieriger wird es für den Jugendlichen, einen neuen Weg einzuschlagen.

Die Polizeibeamten nehmen im Rahmen ihrer dienstlichen Aufgabe, zum Beispiel in der Vernehmung erstmalig auffällig gewordener Jugendlicher, eine besondere Vermittlerrolle ein. Denn sie können FreD in einem Gespräch vorstellen. Ein Informationsblatt liefert die notwendigen Hinweise – auch für die Eltern. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft kann die Polizei an den FreD-Standorten dann die Kursteilnahme als Maßnahme bzw. Auflage im Jugendverfahren anregen.

Hilfe zur Selbsthilfe

Da der Besitz, nicht jedoch der Konsum von Cannabis nach dem Betäubungsmittelgesetz strafbar ist, wird ein Verfahren eingeleitet, wenn bei einem Jugendlichen im Rahmen eines Einsatzes Cannabis sichergestellt wird. Nach § 29 (5)





des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) kann das Gericht jedoch von einer Bestrafung absehen, wenn ein Konsument eine geringe Menge zum Eigenbedarf (Konsum) besaß. Und auch die Staatsanwaltschaft kann in diesen Fällen nach § 31a (1) BtMG von der Strafverfolgung absehen. In den Richtlinien zur Anwendung des § 31a BtMG (gemeinsamer Runderlass des Justizministeriums und des MIK NRW vom 19. Mai 2011) ist geregelt, dass in den Fällen von der Verfolgung des Vergehens abgesehen werden kann, wenn eine Menge von zehn Gramm Cannabis (ohne Haschischöl) zum Eigenbedarf nicht überschritten wird. Wegen der besonderen Gesundheitsgefahren und des vorrangigen Erziehungsgedankens kommt in der Regel auch beim Besitz einer geringen Menge

für Jugendliche eine Einstellung des Verfahrens nur gegen Auflagen im Sinne des § 45 (II) Jugendgerichtsgesetz (JGG) in Betracht.

Die Auflage, einen FreD-Kurs zu besuchen, ist für Jugendliche nicht als Strafe vorgesehen, sondern will mit motivierender Gesprächsführung und Reflexion des eigenen Konsumverhaltens einen dauerhaften Verzicht bewirken. Eine Evaluation durch die Gesellschaft für Forschung und Beratung im Sozialbereich (FOGS) aus Köln bestätigt: FreD ist ein Erfolg! ///

Susanne Schmitz, LKA NRW

➔ **Polizeidienststellen, die mehr über FreD wissen möchten und sich über konkrete Kooperationsmöglichkeiten oder zum Aufbau einer Steuerungsgruppe vor Ort informieren wollen, können sich an die LWL-Koordinationsstelle Sucht wenden.**

Frank Schulte-Derne
Telefon 0251/591-4710
E-Mail: frank.schulte-derne@lwl.org

Weitere Informationen gibt es auch im Intrapol unter <http://intrapol.polizei.nrw.de/Kriminalitaet/Praevention/Drogen/Seiten/DasFreD-Konzept-Miteinandererfolgreich.aspx>.



Im vergangenen Jahr hat die Straßenkriminalität abgenommen, es gab zum vierten Mal in Folge weniger Gewalttaten, die Zahl der schweren und gefährlichen Körperverletzungen ging ebenfalls erneut zurück und bei der Kinder- und Jugendkriminalität wurde der niedrigste Stand seit zehn Jahren registriert. Auch bei den Wohnungseinbrüchen gab es nur einen leichten Anstieg. Die Gesamtzahl der Straftaten ging um 2,2 Prozent (minus 33.400) auf 1,48 Millionen zurück.

» Das sind gute Nachrichten. Die Bilanz zeigt, dass unsere Polizistinnen und Polizisten engagiert und motiviert für die Sicherheit in NRW arbeiten«, sagte Innenminister Ralf Jäger. Die Aufklärungsquote bleibt mit 48,9 Prozent nahezu unverändert. »Das ist ein Wert, der uns nicht zufriedenstellt. Daher investieren wir pro Jahr alleine mehr als vier Millionen Euro in zusätzliche DNA-Untersuchungen, damit die Täter schneller identifiziert werden«, erklärte Jäger. Die Bilanz zeigt jedoch auch: Bei Einbruchskriminalität und Cybercrime besteht weiter Handlungsbedarf.

Leichter Anstieg bei Wohnungseinbrüchen

Für das vergangene Jahr verzeichnete die Kriminalstatistik in NRW 54.953 Einbrüche in Häuser und Wohnungen. Das ist eine Zunahme von 1,5 Prozent (plus 786). »Vor dem Hintergrund europaweit deutlich steigender Zahlen ein Ansporn. Wir wollen die Zahl der Einbrüche auf Dauer verringern«, sagte der Innenminister. Die Aufklärungsquote beträgt nahezu unverändert 13,6 Prozent.

Der jüngste Baustein im Kampf gegen Einbrecher in NRW ist das Konzept »Riegel vor! Mobile Täter im Visier.« Mit diesem bundesweit einzigartigen Konzept hat die NRW-Polizei den Fahndungs- und Ermittlungsdruck auf überregional tätige Einbrecherbanden erhöht. In den letzten fünf Monaten brachten die Fahnder 72 Intensivtäter hinter Schloss und Riegel. Ihnen wurden allein 2.057 Straftaten nachgewiesen. Effektiv sind auch die groß angelegten Kontrollen und Razzien der vergangenen Wochen. »Damit stellt sich die Polizei den Diebesbanden in den Weg«, erläuterte Innenminister Jäger. In den Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold, Düsseldorf und Köln haben insgesamt 6.500 Polizisten 19.500 Fahrzeuge und 26.000 Personen kontrolliert. Dabei wurden 86 Täter festgenommen und Diebesgut sichergestellt.

Darüber hinaus erlangt die Polizei wichtige Erkenntnisse über Reise- und Fluchtwege sowie die Strukturen dieser Banden. »Die Ermittler können so schnell reagieren und sich auf die aktuellen Brennpunkte konzentrieren. Einbruchserien werden früher gestoppt und Einbrecher schneller gefasst. Wir schränken die Aktionsräume der reisenden Täter ein und nehmen ihnen die Fluchtmöglichkeiten über die Landesgrenzen«, machte Jäger deutlich. Die Polizei ermittelte 2.030 ausländische Wohnungseinbrecher. Das ist die höchste Zahl seit mehr als 30 Jahren. Im Vorjahr waren es 1.851.

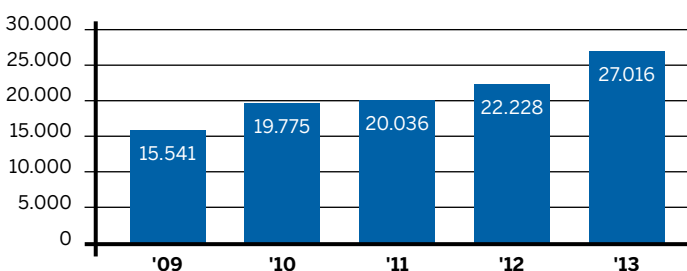
NRW-Kriminalitätsstatistik 2013

Initiativen der Polizei gegen Kriminalität wirken

In vier von zehn Fällen scheiterte der Einbruch bereits im Versuch, weil Riegel und Alarmanlagen die Täter aufgehalten haben. »Das zeigt, wie wichtig die gute Sicherung der eigenen vier Wände ist. Mit der Präventionskampagne »Riegel vor! Sicher ist sicherer.« machen wir den Menschen deutlich, dass sich jeder gegen Einbruch schützen kann. Die Polizei berät kostenlos«, betonte Jäger.

Computerkriminalität

Zeitraum 2009-2013



Mit Kompetenz gegen Cybercrime

Einen deutlichen Anstieg gab es bei der Cyberkriminalität um 21,5 Prozent auf 27.016 Fälle (plus 4.788). Insbesondere die Straftaten der Datenveränderung und der Computersabotage nahmen um 63 Prozent auf über 6.713 Fälle (plus 2.595) zu. In der Mehrzahl der Fälle verschickten die Täter E-Mails mit einer angehängten Schad-datei. Sie spähen damit Nutzerdaten aus, um in Datennetze einzudringen oder Zugangsdaten zu stehlen.

Das Cybercrime-Kompetenzzentrum des Landeskriminalamtes ermittelt in herausragenden Verfahren in der Zentralen Internetrecherche, der Auswertestelle für Kinderpornografie sowie der Computerforensik und Telekommunikationsüberwachung. Hier arbeiten rund 100 spezialisierte Polizeibeamte, Wissenschaftler und Techniker. Die Experten unterstützten im vergangenen Jahr in 923 Fällen andere Dienststellen. Darunter waren 13 umfangreiche Ermittlungsverfahren. Die Spezialisten der Zentralen Internetrecherche initiierten im vergangenen Jahr 710 komplexe Ermittlungsverfahren, zum Beispiel im Spektrum politisch motivierter Kriminalität, Kinderpornografie und illegalem Handel mit Medikamenten und Betäubungsmitteln. »Das zeigt, dass wir bei der Cyberkriminalität weiter zupacken müssen«, sagte Minister Jäger. »Die Straftäter nutzen die weltweiten Informations- und Kommunikationstechniken auf nahezu allen Deliktfeldern. Die NRW-Polizei hat sich darauf eingestellt.« Die LKA-Experten unterstützen Unternehmen und Behörden bei der Abwehr von Hacking- oder DDOS-Attacken. Im vergangenen

Jahr gingen hier 605 Anfragen ein. Im Jahr 2012 waren es 198. Ralf Jäger: »Gerade bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen genießt das Kompetenzzentrum einen hervorragenden Ruf. Die Unternehmer wissen, dass ihnen schnell und professionell geholfen wird.«

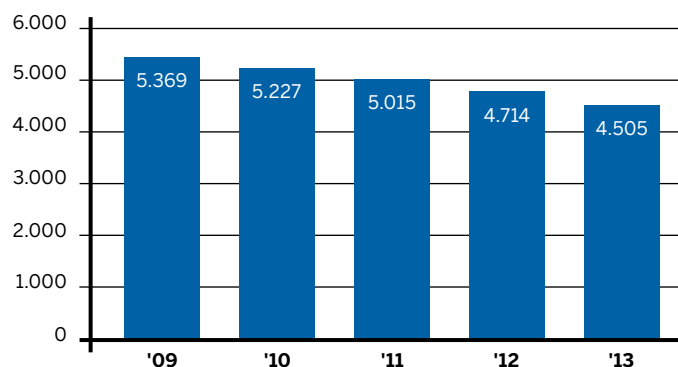
Jugendkriminalität: niedrigster Stand seit 43 Jahren

Der positive Trend der vergangenen Jahre bei der Jugendkriminalität setzt sich fort. Immer weniger Kinder und Jugendliche geraten mit dem Gesetz in Konflikt. Im Vergleich zum Vorjahr sind fünf Prozent weniger Jugendliche (minus 6.988) straffällig geworden. Von insgesamt mehr als 477.900 ermittelten Tatverdächtigen waren 108.011 jünger als 21 Jahre. Das ist ein Anteil von 22,6 Prozent und damit der niedrigste Stand seit 43 Jahren.

»Trotz der guten Entwicklung behalten wir die Kinder- und Jugendkriminalität fest im Blick«, machte der Innenminister deutlich. »Das gilt besonders für die jugendlichen Mehrfachtatverdächtigen, die fünf oder mehr Straftaten pro Jahr begehen.« Deren Zahl ging um 4,1 Prozent auf 6.706 zurück (minus 291). »Damit auch diese Jugendlichen die Kurve kriegen, kümmert sich die Polizei seit vielen Jahren erfolgreich mit individuellen Programmen um jugendliche Intensivtäter«, hob Jäger hervor. »Mit unserem bundesweit einmaligen Präventionsprojekt »Kurve kriegen« setzen wir aber noch früher an. Wir verhindern, dass Kinder dauerhaft in die Kriminalität abgleiten.«

Tatverdächtigenbelastungszahl Jugendkriminalität

Zeitraum 2009-2013



Weniger Gewalt- und Straßenkriminalität

Im vergangenen Jahr gab es einen Rückgang bei der Straßenkriminalität um sechs Prozent auf 389.000 Taten. Das ist ein Minus von 24.600 Fällen. Auch bei der Gewaltkriminalität setzt sich der >

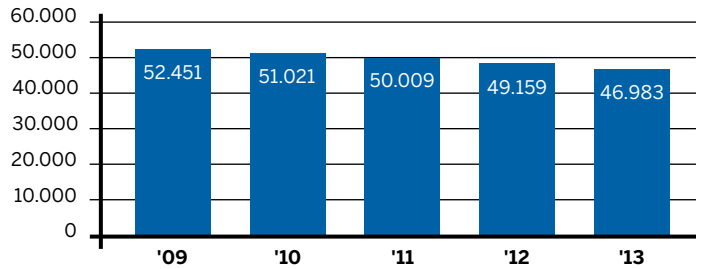
positive Trend der Vorjahre fort. Die Statistik weist 46.983 Taten nach, das sind 4,4 Prozent weniger als im Jahr 2012 (minus 2.176). Die Polizei klärte 70 Prozent der Gewaltdelikte auf. Bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungen, die um sechs Prozent auf 30.062 (minus 1.917) zurückgingen, lag die Aufklärungsquote bei über 80 Prozent.

Die Anzahl der Straftaten gegen das Leben, einschließlich der Versuche, hat im vergangenen Jahr um 6,4 Prozent auf 452 Fälle zugenommen (plus 27). Das ist der zweitniedrigste Wert der vergangenen 20 Jahre. Die Ermittler klärten 94 Prozent der Taten auf. Die Kriminalpolizei ermittelte im Jahr 2013 in 122 Mordfällen und Mordversuchen. Das sind 17 Fälle mehr als im Jahr davor. Die Anzahl der Totschlagsdelikte einschließlich der Versuche stieg um 11 Fälle auf 225. ///

Redaktion Streife

Gewaltkriminalität

Zeitraum 2009-2013

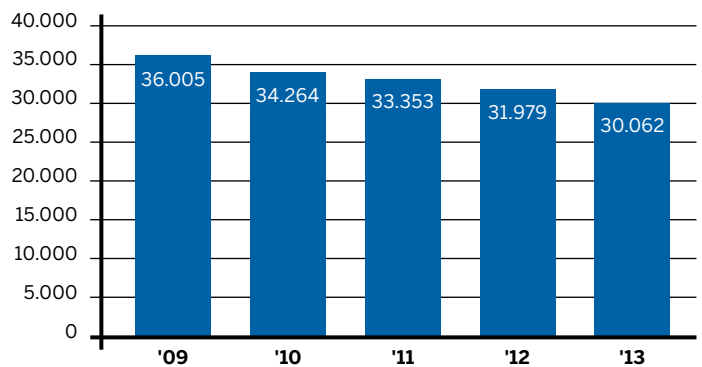


@ Weitere Informationen zur Polizeilichen Kriminalstatistik NRW 2013 gibt es unter www.lka.nrw.de.



Gefährliche und schwere Körperverletzungen

Zeitraum 2009-2013



NRW-Präventionskampagne in Gebärdensprache »Crash Kurs« gibt es jetzt auch für Gehörlose

Beim Verkehrspräventionsprogramm »Crash Kurs NRW – Realität erfahren. Echt hart.« sollen Jugendliche auf die Gefahren von zu schnellem Fahren aufmerksam gemacht werden. Dazu berichten Polizisten, Feuerwehrleute, Notfallseelsorger, Notärzte, Verkehrsunfallopfer und deren Angehörige von ihren oft schrecklichen Erfahrungen: Sie erzählen, was sie erlebt haben, wie sie sich gefühlt haben und welche Belastungen durch einen Unfall entstehen können. Bundesweit einzigartig hat die NRW-Polizei nun einen »Crash Kurs« für Gehörlose gestartet. Mit Hilfe der Gebärdensprache wurden Schülerinnen und Schüler des Rheinisch-Westfälischen Berufskollegs in Essen für die Gefahren des Straßenverkehrs sensibilisiert.

»Innovative Ideen sind hilfreich, um so viele Heranwachsende wie möglich aufzurütteln«, sagte NRW-Innenminister Ralf Jäger. »Unser Ziel ist, dass weniger junge Menschen bei Verkehrsunfällen verletzt oder getötet werden. Mir gefällt es außerordentlich gut, dass die Gebärdensprache auch beim »Crash Kurs NRW« angewandt wird.«

Mit allen Sinnen am Straßenverkehr teilzunehmen ist für die meisten Menschen selbstverständlich. Aber auch junge, gehörlose Erwachsene sind mobil. Deshalb

entwickelte die Essener Polizei gemeinsam mit der LVR-Förderschule und Gebärdendolmetschern ein Konzept, das die speziellen Bedürfnisse dieser Menschen berücksichtigt. Dabei werden insbesondere Untertitel und Gebärdensprache eingesetzt.

Das Besondere an »Crash Kurs NRW« ist, dass Jugendliche emotional angesprochen und bewegt werden. »Den Heranwachsenden wird drastisch vor Augen geführt, dass sie Verantwortung tragen, wenn sie sich im Straßenverkehr bewegen. Dies gilt nicht nur für den Fahrer, sondern auch für diejenigen, die sich zu ihm ins Auto setzen«, mahnte der Minister. Das Konzept richtet sich direkt an Oberstufenschüler im Alter von 16 bis 19 Jahren. Bislang haben bereits über 300.000 Jugendliche an »Crash-Kurs«-Veranstaltungen teilgenommen.

»Ich habe Angst davor, nicht rechtzeitig da zu sein«

Überhöhte Geschwindigkeit, das Nicht-Anlegen des Sicherheitsgurtes, der Konsum von Alkohol und Drogen: Das sind in über 50 Prozent aller Fälle die Ursachen, warum Menschen im Straßenverkehr zu Tode kommen oder schwer verletzt werden.

»War das nötig?«, diese Fragen stellen sich beispielsweise Rettungssanitäter nach einem Verkehrsunfall bei dem fünf

junge Menschen gestorben sind. »Ich habe Angst davor, dass ich nicht rechtzeitig da bin. Ich habe Angst davor, dass ihr euch im Auto nicht anschnallt. Der, der aus dem Fahrzeug hing, und der, der auf der Straße lag, die beiden können nicht angeschnallt gewesen sein, sonst wären sie da nicht hingekommen«, legte einer der Rettungssanitäter bei einer Veranstaltung dar. »Die Schilderungen der persönlichen Erlebnisse gehen unter die Haut. Ohne erhobenen Zeigefinger führen die Betroffenen den jungen Leuten vor Augen, dass Unfälle nicht einfach passieren, sondern die Folge von Regelverstößen sind. Die Akteure machen deutlich, dass es eben auch Situationen gibt, in denen Unfallopfern niemand mehr helfen kann«, erklärte Jäger. ///

Redaktion Streife

@ Weitere Informationen zu
Crash Kurs NRW gibt es unter
www.crashkurs.nrw.de.

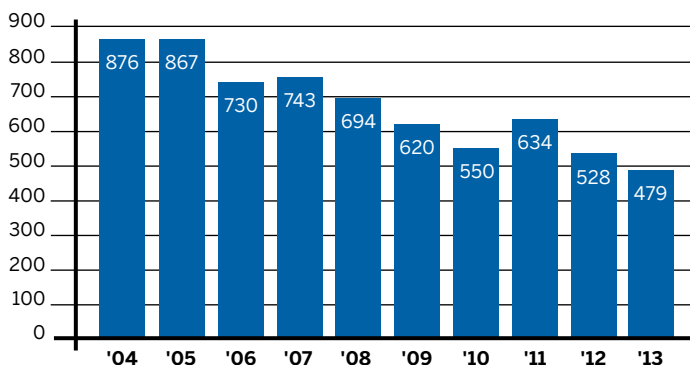


NRW-Verkehrsunfallstatistik 2013

Weniger Tote und Schwerverletzte

Verkehrstote Gesamtübersicht

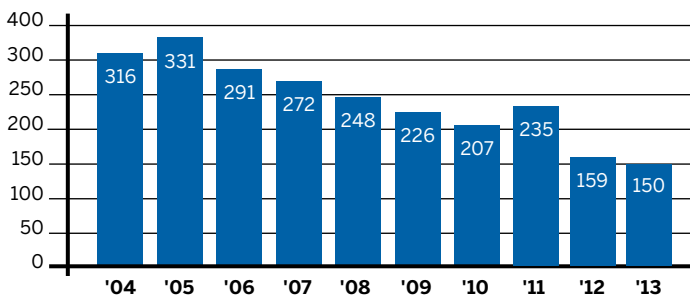
Zeitraum 2004-2013



Die Zahl der Verkehrstoten ist in NRW im Jahr 2013 um mehr als neun Prozent gesunken. 479 Menschen kamen auf den Straßen Nordrhein-Westfalens ums Leben, das sind 49 weniger als im Jahr zuvor. Im Vergleich zum Jahr 2011 waren es sogar 155 Verkehrstote weniger. Noch nie seit Einführung der Statistik im Jahr 1953 sind damit in Nordrhein-Westfalen weniger Menschen bei Verkehrsunfällen gestorben. »Das zeigt, dass immer mehr Verkehrsteilnehmer verstanden haben, wie gefährlich zu schnelles Fahren ist. Viele passen ihre Geschwindigkeit inzwischen an«, erklärte Innenminister Ralf Jäger. »Wir sind mit unserer Strategie umfassender Kontrollen auf dem richtigen Weg. Doch am Ziel sind wir noch nicht.«

Verkehrstote Ursache Geschwindigkeit

Zeitraum 2004-2013



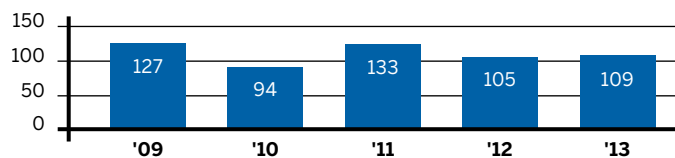
Geschwindigkeit ist und bleibt »Killer Nr. 1«. Im vergangenen Jahr starben 150 Menschen als Opfer von zu hoher Geschwindigkeit. Das sind zwar neun Menschen weniger als im Vorjahr, aber immerhin noch fast jeder dritte Verkehrstote. »Deshalb setzen wir unsere Strategie mit konsequenten Geschwindigkeitskontrollen von Polizei und Kommunen fort«, erklärte Innenminister Jäger. Im vergangenen Jahr hat allein die Polizei in NRW mehr als zwei Millionen Autofahrer gemessen, die zu schnell unterwegs waren.

Weniger Schwerverletzte bei Verkehrsunfällen

2013 ereigneten sich insgesamt 569.050 Verkehrsunfälle, das ist ein Minus von 1,3 Prozent. Die Zahl der Schwerverletzten sank um 569 auf 12.109 (minus 5 Prozent). Insgesamt verunglückten 72.538 Menschen, das sind 3,8 Prozent weniger als im Jahr davor. »Hinter den nüchternen Zahlen verbergen sich oft lebenslange Behinderungen und schwerste körperliche Einschränkungen. Das ist Grund genug, uns nicht auf dem Erreichten auszuruhen«, hob Jäger hervor. In Deutschland leben fast 39.000 Menschen, die nach einem Verkehrsunfall schwerbehindert sind.

Verkehrstote Fußgänger

Zeitraum 2009-2013



Anzahl der getöteten Fußgänger gestiegen

Sorge bereitet dem Innenminister, dass 2013 mehr Fußgänger im Straßenverkehr getötet wurden. 109 Tote entsprechen einem Anstieg um fünf Prozent. Die Analyse zeigt, dass 60 dieser getöteten Fußgänger den Unfall selbst verschuldet haben. Das ist mehr als die Hälfte. »Deswegen wird die Polizei auch weiterhin Verstöße von Fußgängern konsequent ahnden«, betonte Jäger. »Das bedeutet aber auch, dass bei fast jedem zweiten Unfall der Autofahrer Schuld hat. Das sollte jedem klar sein, der sich hinter das Lenkrad setzt und die Verkehrsregeln missachtet. Er gefährdet Fußgänger und Radfahrer. Also diejenigen,

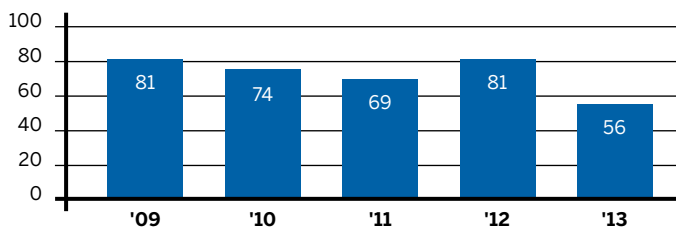
die am wenigstens geschützt am Straßenverkehr teilnehmen. Sie haben keinen Sicherheitsgurt, keinen Airbag und keine Knautschzone.«

Getötete Motorradfahrer

Auch die Zahl der tödlich verunglückten Motorradfahrer ist im vergangenen Jahr auf 69 deutlich zurückgegangen. Das ist niedrigste Wert seit über 20 Jahren. Das ist auch ein Indiz für konsequentes Vorgehen der Polizei. Sie kontrolliert seit Jahren verstärkt und ist an besonders riskoreichen Bikerstrecken präsent.

Verkehrstote Radfahrer

Zeitraum 2009-2013



Weniger getötete Radfahrer und junge Menschen

Im vergangenen Jahr hat sich die NRW-Polizei auch besonders intensiv um Radfahrer gekümmert. Zu schnelle und rücksichtslose Autofahrer, aber auch eigenes Fehlverhalten führen häufig zu schweren Radunfällen. »Hier haben wir konsequent gegengesteuert. Die Polizeibehörden haben örtlich zugeschnittene Konzepte aus Aufklärung und Kontrolle entwickelt«, erläuterte der Innenminister. Im Vergleich zum Vorjahr starben mit 56 Radfahrern rund 31 Prozent weniger.

Noch nie seit dem Beginn der Datenauswertung vor 44 Jahren hat es weniger Verkehrstote und Verletzte bei den 18- bis 24-Jährigen gegeben. Die Zahl der Getöteten ging hier um 25 Prozent auf 68 zurück. »Über diese Entwicklung bin ich besonders froh«, sagte Ralf Jäger. »Denn jahrelang waren junge Erwachsene in überdurchschnittlich viele schwere Verkehrsunfälle verwickelt. Das hat sich deutlich gebessert.«

Prävention mit Crash Kurs NRW

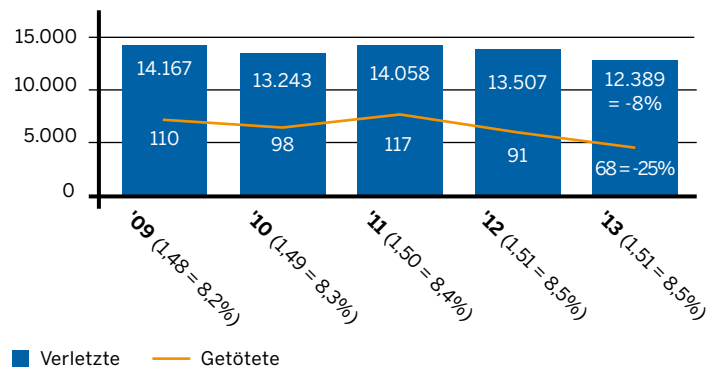
Ein wesentlicher Baustein der Unfallprävention für junge Menschen ist das bundesweit einzigartige Programm »Crash Kurs NRW«. Im Jahr 2013 haben über 158.000 Schülerinnen und Schüler

an einer der landesweit über 560 »Crash Kurs«-Veranstaltungen teilgenommen. »Seit dem Start dieses Programms haben wir damit bereits mehr als 300.000 Schüler erreicht«, sagte Jäger. Das Besondere an »Crash Kurs NRW«: Hier werden Jugendliche emotional angesprochen. Ihnen wird drastisch vor Augen geführt, dass sie Verantwortung tragen, wenn sie sich im Straßenverkehr bewegen. »Wir machen ihnen deutlich, dass dies nicht nur für die Fahrer gilt, sondern auch für diejenigen, die sich mit ins Auto setzen«, machte Jäger deutlich. Die Essener Polizei hat kürzlich sogar einen »Crash Kurs« für Gehörlose aus ganz Deutschland gestartet. Mit Hilfe von Gebärdendolmetschern sensibilisierten Polizisten, Notärzte, Rettungssanitäter, Notfallseelsorger und Angehörige von Unfallopfern für die Gefahren des Straßenverkehrs. Ralf Jäger: »Unser Ziel ist, dass jede Schülerin und jeder Schüler einen »Crash Kurs« mitmacht.« ///

Redaktion Streife

Verunglückte 18- bis 24-Jährige

Zeitraum 2009-2013 (Stand Februar 2014)



Werte in Klammern: Einwohner 18- bis 24-Jährige in Mio. und Anteil an der Gesamtbevölkerung



Polizei NRW steigt auf Windows 8 um Start des Rollouts im Juli 2014

Die Polizei in NRW steigt um: Das Alt-Betriebssystem Windows XP wird durch das moderne Windows 8 ersetzt, MS Office 2003 durch MS Office 2013 – und das auf allen 33.000 Arbeitsplatzrechnern im Land. Der Rollout beginnt bereits im kommenden Juli. Es ist ein gigantisches Vorhaben, das derzeit vom Projekt mowin (»Modernisierung der Windows-Infrastruktur der Polizei NRW«) im Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) NRW in enger Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden und im Auftrag des Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK) vorbereitet wird.

Dabei ist das neue Windows 8 mit dem Office-Paket nur der für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichtbare Teil des mowin-Projekts. Polizeidirektor Rüdiger Kunst, der das Projekt im LZPD NRW leitet, verwendet gern plastische Bilder, um komplexe Sachverhalte deutlich zu machen. »Wir bekommen

den ganzen Schrank nicht in einem Stück durch die Tür«, erklärt er das sukzessive Vorgehen. Aus diesem Grund wurde der »Schrank«, also die Modernisierung der Windows-Infrastruktur, in drei leichter zu tragende Teile gegliedert:

Insgesamt gibt es drei Arbeitsschritte
Release 1:

> Die Serverhardware wird in allen Polizeibehörden aktualisiert. Dieser Austausch ist seit Mitte Februar 2014 bereits in vollem Gange.

Release 2:

> Für alle 42.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfte dies der interessanteste Part der Modernisierung sein: Das Betriebssystem Windows 8 und MS Office 2013 werden auf allen Rechnern installiert und sorgen für eine völlig neue Arbeitsumgebung. Der Rollout startet in enger Abstimmung mit den Polizeibehörden Anfang Juli 2014 und soll spätestens bis zum 7. April 2015 abgeschlossen sein.

Release 3:

> Erst in diesem Abschnitt erhalten alle Server in den Polizeibehörden auch die neueste Serversoftware. Darüber hinaus werden weitere Komponenten wie etwa SharePoint auf die neueste Version gebracht. Die konzeptionellen Vorbereitungen für das Release 3 sind bereits gestartet.

Deadline 7. April 2015

Release 2 bereitet den Fachleuten derzeit die meisten Bauchschmerzen, denn die Deadline für den Austausch des Windows-Betriebssystems auf allen Arbeitsplatzrechnern der Polizei im Land kommt nicht von ungefähr: Vom 8. April 2015 an verteuert sich der Support für das veraltete Betriebssystem Windows XP dramatisch – die Zeit für den Wechsel ist also knapp. Der lange Zeit kostenlose Service von Microsoft für Aktualisierungen und Sicherheitsupdates läuft bereits am 7. April 2014 aus. »Wir zahlen dann ohnehin schon für

SECHS IT-PROJEKTE FÜR DIE POLIZEI NRW

Polizeiliches Handeln ist ohne eine hochmoderne IT-Infrastruktur nicht mehr denkbar. Im Zuge der Digitalisierung haben sich die Rolle und die Bedeutung der Informationstechnologie entscheidend gewandelt: Das wird in den nächsten zwei bis drei Jahren jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter am eigenen Arbeitsplatz spüren. Das Ministerium für Inneres und Kommunales hat das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW) beauftragt, die polizeiliche Infrastruktur zu modernisieren, um den technischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Das LZPD betreut zurzeit parallel sechs voneinander abhängige IT-Projekte. Die »Streife« stellt in den kommenden Ausgaben jedes dieser IT-Großprojekte im Einzelnen vor. Weitere Informationen zu den Projekten stehen im Intranet der Polizei NRW zur Verfügung.

den Support«, sagt Rüdiger Kunst, »aber nach Ablauf von zwölf Monaten wird es richtig teuer.« Aus diesem Grund konzentriert das Projekt MOWin derzeit alle verfügbaren Kräfte darauf, die Arbeitsplatz-Rechner, die so genannten Clients, mit Windows 8 und Office 2013 auszurüsten. »Wir wollen unter allen Umständen vermeiden, nach dem 7. April 2015 noch irgendwo in unserem Netz ein altes Windows-XP-System in Gebrauch zu haben.«

Auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei NRW kommt daher in absehbarer Zeit eine deutliche Änderung der Arbeitsplatzumgebung zu. »Es braucht aber niemand zu befürchten, dass mit Windows 8 alles komplizierter wird«, betont Rüdiger Kunst. »Das Gegenteil ist der Fall – es wird einfacher!« Der Projektleiter weiß um die kontroversen Diskussionen, die das neue Windows-Betriebssystem nach der Veröffentlichung im Oktober 2012 bei der Fachpresse und bei vielen Alt-Windows-Nutzern ausgelöst hatte. Mit der neuen Kachel-Oberfläche, die für Smartphones und Tablet-Rechner entwickelt worden war, kamen viele Umsteiger auf Antrieb nicht zurecht. Und dass das seit 20 Jahren links unten angesiedelte Startmenü bei Windows 8 komplett verschwunden ist, sorgte für erregte Diskussionen in einschlägigen Foren.

Startseite statt Startmenü

Für Sylvester Böhle geht die ganze Debatte auf ein großes Missverständnis zurück. Der IT-Fachmann ist als Mitarbeiter der Firma Microsoft beratend im Projekt MOWin tätig. »Die neue Windows-Startseite ist im Prinzip nichts weiter als das alte Windows-Startmenü, nur viel anschaulicher und übersichtlicher. Wer dies verstanden hat, für den erschließt sich die gesamte Benutzerführung sehr schnell.«

Dabei sorgen allein schon die hohen Anforderungen der Polizei an die Informationssicherheit für Ordnung auf der neuen Windows-Startseite: Die neuartigen Apps, also Mini-Anwendungen, sind bei den Polizei-Computern im Vergleich zum handelsüblichen Windows 8 komplett entfernt worden. Der Grund dafür: Sie wären nur zusammen mit einem Microsoft-Konto einsetzbar, was aus Gründen der Informationssicherheit für die Polizei jedoch nicht infrage kommt. Auf der Windows-8-Startseite sind also nur zertifizierte Anwendungsprogramme hinterlegt, etwa das aktuelle MS Office 2013 oder die üblichen Polizeiverfahren wie IGVP (Integrierte Vorgangsbearbeitung Polizei) oder POLAS (Polizei Auskunft System) NRW. Ein Klick auf einen solchen Button startet das Programm innerhalb

der Desktop-Umgebung – von diesem Moment an sieht das neue Windows fast genauso aus wie das alte. »Der gewohnte Desktop ist auch bei Windows 8 die zentrale Arbeitsumgebung«, erklärt Markus Erwig, der im LZPD NRW unter anderem für die Entwicklung des neuen Clients verantwortlich ist.

Sprung auf MS Office 2013

Auch beim Wechsel von MS Office 2003 auf MS Office 2013 erwarten die Fachleute keine allzu großen Schwierigkeiten mit der veränderten Bedienung. Der größte visuelle Unterschied ist die Multifunktionsleiste – »Ribbon« genannt – über die nun etwa Word, Excel und Powerpoint gesteuert werden. Allerdings gibt es diese Multifunktionsleiste bereits seit MS Office 2007, sodass sie vermutlich einem größeren Teil der Nutzerinnen und Nutzer durch private Verwendung bereits bekannt sein dürfte. Dennoch soll niemand mit der neuen Arbeitsumgebung alleingelassen werden: Das LAFP NRW bildet in allen Kreispolizeibehörden Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner aus. Diese speziell geschulten Kolleginnen und Kollegen werden dann für Fragen zum neuen System innerhalb der Polizeibehörden zur Verfügung stehen. >

VERWALTUNGSPROZESSE AUF DEM PRÜFSTAND – MODERNISIERUNG DES RECHNUNGSWESENS IN ENGER ABSTIMMUNG MIT DER PERSONALVERTRETUNG

Die Landesverwaltung stellt ihr Buchungssystem und die Art und Weise, wie das Geld auf die Dienststellen verteilt wird, um. Unter dem Programmnamen »EPOS.NRW« wird für die gesamte



Landesverwaltung eine einheitliche Software bereitgestellt. Das bisher für das Haushalts- und Rechnungswesen in der Polizei NRW eingesetzte »Mach C/S« wird dadurch fachlich und technisch abgelöst.

Das LZPD NRW hat im letzten Jahr ein entsprechendes Projekt gestartet. Da mit der Einführung des neuen Rechnungswesens ein bestehendes System bei der Polizei abgelöst wird, hat das auch Auswirkungen für die Beschäftigten der Polizei: Aufgrund der Komplexität ist eine frühzeitige Einbindung der Personalvertretung wichtig. Daher hat des MIK NRW im

März 2014 mit dem Polizeihauptpersonalrat (PHPR) und der Hauptschwerbehindertenvertretung der Polizei NRW (HSVPol) eine Prozessvereinbarung zur Einführung von EPOS.NRW in der Polizei abgeschlossen, in der genau beschrieben ist, wie die Beteiligten künftig miteinander kooperieren. Die »Streife« wird in einer der nächsten Ausgaben das Projekt »EPOS.NRW« ausführlich vorstellen.

Konsolidierung bestehender IT-Verfahren

Neben der Aktualisierung auf eine modernere Software-Generation bedarf es auch einer Konsolidierung der landesweit eingesetzten IT-Verfahren. Zwar ist dieser Prozess nicht direkt Teil des Projektauftrages, allerdings arbeiten Fachleute der Abteilung 1 im LZPD NRW derzeit parallel an dieser Aufgabe und in enger Abstimmung mit dem Projekt MOWin zusammen. Konkret geht es um rund 750 dezentrale Anwendungen, die von den Polizeibehörden an das LZPD NRW gemeldet worden sind. Zunächst einmal

müssen die Polizeibehörden selbst prüfen, ob diese Softwareprogramme den Sicherheits- und Datenschutzrichtlinien des Landes entsprechen – und ob sie überhaupt unter dem Betriebssystem Windows 8 laufen. Anschließend bewertet das Ministerium für Inneres und Kommunales diese Anwendungen und entscheidet, ob sie weiterhin eingesetzt werden dürfen oder ob stattdessen alternative Standardverfahren genutzt werden, die das gleiche können. »Es macht keinen Sinn, zum Beispiel fünf verschiedene Bildbearbeitungsprogramme bei den Polizeibehörden im Land einzusetzen«, erklärt Andreas Lezgus, Leitender Polizeidirektor und Leiter der Abteilung 1 im LZPD NRW. »Wenn alle Behörden mit der gleichen Software für dieselben Anwendungsbereiche arbeiten würden, wäre die Sicherheitszertifizierung einfacher, die Lizenzierung aufgrund von Mengenrabatten preiswerter und ein Arbeitsplatzwechsel aufgrund wegfallender Einarbeitungszeiten leichter.«

Tatsächlich gehe es bei diesem Konsolidierungsprozess darum, die Zahl der IT-Verfahren konsequent zu begrenzen und zu standardisieren. »Das ist erklärte Absicht und die gemeinsame Strategie des Ministeriums und des LZPD NRW«, so Lezgus weiter. Dieser Prozess werde jedoch mit größtmöglicher Transparenz gegenüber den Polizeibehörden geführt. »Wir wollen den Kolleginnen und Kollegen schließlich keine Funktionalitäten wegnehmen, die unbedingt erforderlich sind, sondern die IT-Verfahren optimieren.« ///

Olaf Peters, LZPD NRW

Veranstaltung zu Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte Kommunikation ist der Schlüssel

Die NRW Studie »Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte« hat es gezeigt – Polizistinnen und Polizisten sind häufig mit physischer und psychischer Gewalt konfrontiert, wenn sie zu Einsätzen gerufen werden. Der Forschungsbericht beschreibt, was die Beamtinnen und Beamten bei ihrer Arbeit erleben und wie sehr sie dies belastet. Viele Behörden haben daraus schon erste Konsequenzen gezogen und unterstützen ihre Beschäftigten auf unterschiedliche Art und Weise. Das Polizeipräsidium (PP) Bonn lud beispielsweise Prof. Dr. Max Hermanutz von der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen (Baden-Württemberg) ein. Der Experte stellte den Polizisten und Polizistinnen die Erkenntnisse aus seiner Studie »Polizeiliches Auftreten – Respekt und Gewalt« vor.

Im Roten Saal des Polizeipräsidiums kamen Ende Februar 2014 interessierte Polizeikräfte, aber auch Dozenten aus den Fachhochschul-Standorten in NRW sowie Vertreter aus dem Ministerium für Inneres und Kommunales zusammen, um Neues zum Thema »Gewalt gegen Polizeibeamte« zu hören und im Anschluss an den Vortrag gemeinsam zu diskutieren sowie über eigene Erfahrungen zu sprechen.



Fotos(2): Ralph Lueger



Interesse und Neugier merkte man allen Beteiligten an, der Saal war gut gefüllt und kurz vor Beginn mussten sogar noch zusätzliche Sitzgelegenheiten aufgestellt werden. Die Initiatoren der Veranstaltung, der Leitende Polizeidirektor Helmut Pfau und die Bonner Polizeipräsidentin Ursula Brohl-Sowa, beteiligten sich an dem Austausch ebenso wie der Inspekteur der Polizei NRW, Dieter Wehe.

Kommunikationslücken schließen

Ursula Brohl-Sowa betonte, wie wichtig ihr das Thema »Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte« sei. Sie nehme es sehr ernst und wolle deshalb in ihrer Behörde alle Strafanzeigen der Kolleginnen und Kollegen gegen Gewalttäter intensiver prüfen und unterstützen.

Die Einführung in das Thema übernahm Helmut Pfau, indem er seine persönlichen Erfahrungen und Eindrücke von Gewalt gegen Polizisten schilderte. Seine Worte sorgten auch gleich für Raunen im Publikum, als er sagte, dass mitunter inhaltlich schlecht ausformulierte Anzeigen dafür sorgen, dass die Gerichte Verfahren einstellen. Deshalb wünsche er sich, dass die Kolleginnen und Kollegen, wenn es um ihr Recht und ihre Ansprüche geht, ausführlich und ganz detailliert beschreiben, was passiert ist und wodurch sie genau verletzt oder konkret beleidigt wurden. Denn

er wolle Anzeigeneinstellungen nicht hinnehmen – deshalb sei auch der Austausch mit den Staatsanwaltschaften besonders wichtig und würde von ihm schon seit längerem intensiviert.

Prof. Dr. Max Hermanutz begann seinen Vortrag zur Studie »Polizeiliches Auftreten – Respekt und Gewalt« mit einer emotionalen Geschichte, die sich erst kürzlich ereignet hatte. Als Leiter der psychologischen Beratungsstelle an der Fachhochschule sei er oftmals mit privaten Beziehungsproblemen innerhalb der Familien oder Partnerschaften der Beamten konfrontiert, die zum Teil massive Auswirkungen auf den polizeilichen Dienstbetrieb haben. Er beschrieb sehr ausführlich die Situation eines Polizeischülers, der dem Druck in seinem Privatleben mit Alkohol – auch während der Dienstzeit – begegnet war. Hieraus hatte sich letztlich auch eine Gewaltsituation ergeben, die ohne Alkoholkonsum so nicht geschehen wäre. Er erklärte, dass Polizisten sich in der Regel nicht gerne von Psychologen betreuen lassen und appellierte an die Zuhörer, sich frühzeitig Hilfe zu holen. Bei seinen Zuhörern hatte er mit dieser Geschichte bereits eine Tür geöffnet und das Publikum war gespannt auf das, was noch kommen sollte.

In den Ausführungen zu seiner Studie hob Prof. Hermanutz besonders die Erkenntnis hervor, »dass Angriffe aus >

Sicht der Beamten meist überraschend kommen«. Er verdeutlichte, dass Kommunikation mit dem Streifenpartner, der Leitstelle aber auch mit den Menschen, die das sogenannte »polizeiliche Gegenüber« darstellen, der Schlüssel ist, um plötzliche Gewaltausbrüche zu vermeiden, zumindest aber ihnen besser vorbereitet begegnen zu können.

»Natürlich kann man nicht immer auf Kuschelkurs gehen und Dinge zum x-ten mal erläutern oder Maßnahmen androhen. Dabei ist das Rezept eigentlich ganz einfach: Viele Leute wünschen sich einfach nur einmal eine verständliche und klärende Antwort«, so Prof. Hermanutz. Alle seine Erkenntnisse belegte er anschaulich mit Beispielen und Studien.

In einem Experiment hatte sich beispielsweise gezeigt, dass es viele Missverständnisse gibt – etwa weil Polizisten nicht als solche erkannt werden oder es Kommunikationslücken gibt. So wurde eine Zeugenbefragung mit unterschiedlicher Ansprache durchgeführt und filmisch dokumentiert. In den Aufnahmen wurde dem Publikum sehr schnell deutlich, dass das Empfinden der Bürgerinnen und Bürger zum Einen von Sprache und Kleidung

der Beamten und zum Anderen auch vom Alter der Angesprochenen abhängig ist.

Herablassendes Verhalten bewirkt bzw. steigert Gewaltbereitschaft, aber auch ein äußerlich nicht korrektes Erscheinungsbild reicht aus, aggressives Verhalten zu erzeugen oder vorhandenes zu steigern, auch wenn man sich sonst korrekt verhält.

Klare Ansagen statt Kuschelkurs

Reden als Zaubermittel? Nein, so einfach ist es nicht. Gerade dann nicht, wenn sich Personen in einem Ausnahmezustand befinden, etwa unter Stress oder Drogen- und Alkoholeinfluss stehen oder psychisch labil sind. Kommunikation ist aber ein wesentlicher Faktor in der Bewältigung von Einsatzlagen. »Das Wort ist unsere schärfste Waffe«, so ein Zuhörer in einer Rückmeldung. Inspekteur Dieter Wehe nahm nach dem Vortrag als erster Stellung: »Bitte behalten Sie bei, was Sie in der Fachhochschule und der praktischen Ausbildung lernen und seien Sie vorbereitet. Ein erfolgreicher Einsatz hat auch mit professioneller Kommunikation und einem korrekten Äußeren zu tun.«

Gleich mehrere Meldungen aus dem Publikum folgten. Von großem Interesse

war dabei, welche Kommunikation mit dem Gegenüber empfohlen wird und welche Rolle die Einsatztrainings in Baden-Württemberg spielen. Dazu Prof. Hermanutz: »Nutzen Sie eine klare und deutliche Ansprache und wenn sich keine Reaktion zeigt, dann müssen Sie konsequent sein. Kuschelkurs und Blabla bringen Sie in solchen Fällen nicht weiter. Ihre Kommunikation soll zielführend und klar sein. Das Training von Gewaltsituationen ist wichtig. Nur wer das mit Hilfe erfahrener Trainer professionell einübt, wird schwierige Lagen im Alltag erfolgreich bewältigen können. Diesen Weg gehen wir auch in Baden-Württemberg.«

Die Organisatoren der Veranstaltung zeigten sich zufrieden mit dem Verlauf der Diskussion und freuten sich über die rege Beteiligung der Anwesenden. »Ich merke, dass es eine große Gesprächsbereitschaft gibt und das Thema vielen unter den Nägeln brennt«, so Polizeipräsidentin Brohl-Sowa. Eine Kollegin im Publikum brachte es dann auf den Punkt: »Kolleginnen und Kollegen müssen das angebotene Training auch nutzen und bei ihren Führungskräften Unterstützung einfordern.«

/// Dana Zimmermann, MIK NRW



Drei Fragen an LPD Helmut Pfau und Prof. Dr. Max Hermanutz



Streife: Herr Pfau, warum halten Sie den Austausch zum Thema »Gewalt gegen Polizeibeamte« für so wichtig?

Pfau: »Ich habe das Gefühl, dass wir die Kolleginnen und Kollegen mit einer E-Mail oder anderem Schriftverkehr nicht immer erreichen. Der persönliche Austausch ist wichtig und soll natürlich auch zeigen, dass wir unsere Kolleginnen und Kollegen ernst nehmen und sie unterstützen.«

Streife: Was möchten Sie den Polizeibeamten mit auf den Weg geben?

Pfau: »Jeder hat zunächst einmal Verantwortung für sich selbst – das wollen wir niemandem abnehmen. Aber man hat auch Verantwortung für seinen Streifenkollegen und ich möchte betonen, dass Verantwortung eine der wichtigsten Führungsaufgaben ist. Was mir wirklich sehr am Herzen liegt: Wenn die Qualität der Anzeigen nach einem Widerstand auf so hohem Niveau wie heute bleibt und man genau beschreibt, was einem widerfahren ist, dann werden auch weniger Verfahren eingestellt.«

Streife: Herr Hermanutz, welchen Tipp möchten Sie Polizistinnen und Polizisten für den täglichen Dienst geben?

Hermanutz: »Das allerwichtigste ist der Respekt vor dem Menschen. Denn egal, ob jemand »zugedröhnt« oder betrunken ist – er merkt, wie er behandelt wird.«

Soziale Medien in Behörden Facebook kann jeder – auch die Polizei?



Michael Roggow und Marc Holste von Landesredaktion Online-Dienste der Polizei haben Ihren Arbeitsplatz im Innenministerium. Sie sind Ihre Ansprechpartner für Fragen zu Facebook und Co., dem Intra- und Extrapol oder der Internetauftritt der Polizei NRW.

Etwa eine Milliarde Menschen weltweit nutzen Facebook, in Deutschland ist es fast jeder Dritte – und auch in Nordrhein-Westfalen unterhalten zehn Kreispolizeibehörden einen eigenen Facebook-Account mit mehr als 40.000 Fans.

» Polizei nimmt 10.000 User mit auf Streife« lautete die Schlagzeile der Westfalenpost am Montag, dem 10. Februar 2014. In ihrem Bericht beschrieb die Redaktion ein über zwölf Stunden gehendes Liveberichtserstattungs-Experiment der Polizei Hagen (Facebook: PolizeiHagen) von der vorangegangenen Samstagnacht. Für die Kollegen war es eine normale Nacht mit Verkehrsunfällen, Streitigkeiten, Körperverletzungen, Rauschgiftdelikten, einem gestohlenen PKW und einer Verfolgungsfahrt. Für die Hagerer-Facebook-Freunde aber war es ein völlig neuer Einblick – sie klebten den Kollegen förmlich an den Tasten und am Auslöser der Kamera.

Die Facebook-Auftritte der Behörden Münster und Dortmund (Facebook: Polizeimuenster, Polizei-Dortmund) forcieren mit ihrem Auftritt hingegen die Personalwerbung: Junge Kolleginnen und Kollegen berichten von ihren Arbeitstagen

und gewähren so einen Blick hinter die Kulissen des Azubi-Alltags bei der Polizei Nordrhein-Westfalen.

Auch zur Aktionswoche gegen den Einbruchdiebstahl im Rahmen der Kampagne »Riegel vor! Sicher ist sicher.« wurde Facebook genutzt, um die

jüngere Zielgruppe zu erreichen und für das Thema Einbruch zu sensibilisieren. Der nächste Blitzmarathon wird ebenfalls über die Sozialen Medien transportiert.

Dies sind nur einige Aspekte aus dem Portfolio der Facebook-Auftritte der Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen.

»Mach ich Foto, tu ich Facebook!«

Das Zitat aus einer bekannten deutschen Late-Night-Show hört sich einfacher an, als Facebook für Behörden tatsächlich ist. Sie kämpft mit den gleichen Herausforderungen wie andere Institutionen, die Facebook nutzen. So musste die Polizei Oberhausen (Facebook: PolizeiOberhausen) etwa online um einen fairen Umgang miteinander werben und vor beleidigenden und verunglimpfenden Kommentaren mahnen. Gegen die Autoren wurden bereits Strafverfahren eingeleitet. Das Thema ist nicht neu: Das Polizeipräsidium Dortmund hatte bereits im Jahr 2012 ähnliche Erfahrungen gemacht (siehe Streife Ausgabe 5/12). >



Problematisch sind auch täuschend echt aussehende Facebook-Seiten, die rein zu Werbezwecken erstellt wurden. Sie wirken auf den ersten Blick wie der Facebook-Auftritt einer Behörde: Das Layout ist mit Logos oder Wappen gespickt, die größtenteils automatisch generierten Inhalte vermitteln den Anschein, auf einer Seite der Polizei gelandet zu sein. >

Kann die Polizei Facebook – nur noch nicht richtig?

Fake-Seiten, gezielte Falschinformationen durch Dritte, die nötige 24-Stunden-Betreuung durch die Polizei, übertriebene Unterstützung durch selbstberufene »Cyberdetektive«, aber auch Hetzkampagnen und Shitstorms, bei denen massenhaft und unsachlich öffentlich kommentiert wird und ein Dialog nicht mehr möglich ist, sind große Herausforderungen für die Behörden. Außerdem stellen sich Fragen zu einer Verifizierung, an der offizielle Fan-Seiten zu erkennen sind, angemessenen Reaktionszeiten auf Anfragen oder Kommentare, zum Umgang mit schützenswerten Inhalten wie beispielsweise bei Öffentlichkeitsfahndungen oder auch zu grundlegenden Dingen wie Layout, Impressums- und Datenschutzvorgaben. Diese Hürden müssen möglichst

geschickt genommen werden, denn mit einer eigenen Fanseite auf Facebook werden bei den Besuchern auch Erwartungen geweckt.

Um sicher zu gehen, dass Seiten nicht abgeschaltet werden, ist außerdem ein Blick in die Facebook-Richtlinien ein elementarer Bestandteil der Vorbereitung. Die Anwendung aller Vorgaben auf Polizeistrukturen gestaltet sich nicht einfach, daher steht die Polizei NRW zu diesen und anderen Punkten auch mit Facebook im Dialog.

Wer macht´s? Die »Landesredaktion Online-Dienste« der Polizei

Im Dezember 2013 wurde die Redaktion mit dreieinhalb Stellen im Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) eingerichtet. In der Landesredaktion laufen alle Fäden für die interne und externe (Netz-) Öffentlichkeitsarbeit zusammen. Facebook und Co., Intra- und Extrapol oder der Internetauftritt der Polizei NRW sind die Themenfelder, mit denen sich die

Landesredaktion beschäftigt. Zur Nutzung der Sozialen Medien steht ein erster Erlass kurz vor der Veröffentlichung. Er wird es den Behörden deutlich einfacher machen, einen eigenen Facebook- oder Twitter-Auftritt zu realisieren, ohne dabei Sicherheitsaspekte außer Acht zu lassen.

Neben den formulierten Datenschutzrichtlinien und einem Impressum wurden auch Designvorlagen und Namenskonventionen entwickelt, die ein einheitliches Gesamtbild im Rahmen des bestehenden Corporate Design ermöglichen und so die Rahmenbedingungen für die polizeilichen Aktivitäten in Sozialen Medien schaffen. So genannte »Social Media Guidelines« und eine strategische Ausrichtung der Polizei NRW in sozialen Medien werden folgen. Dann können wir tatsächlich sagen: Die Polizei kann jetzt auch Facebook! oder vielleicht besser – wir machen die ersten Schritte und werden die Netze beobachten, denn nichts ist älter als der Erfolg von gestern. // *Marc Holste, Landesredaktion Online-Dienste, MIK*

DIE LANDESREDAKTION ONLINE-DIENSTE DER POLIZEI NRW

Michael Roggow ist zum vierten Mal im Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK). Er kommt aus dem Leitungsstab des Polizeipräsidiums Wuppertal und beschäftigte sich in den letzten Jahren in Wuppertal und im MIK mit Strategieentwicklung und Grundsatzfragen des polizeilichen Einsatzes.

Guido Karl ist mittlerweile im elften Jahr in verschiedenen Funktionen im MIK beschäftigt. Er arbeitet sowohl im Referat 405 (Logistik und IT in der Polizei) als auch in der Landesredaktion. Marc Holste hat sich beim Landeskriminalamt NRW unter anderem im Projekt Intranet 2.0 mit dem Thema »online« beschäftigt und ist nach einem kurzen Ausflug zum PP Köln nun in dieser Materie zurück.

Eine Stelle ist in der Landesredaktion Online-Dienste der Polizei derzeit noch unbesetzt. Interessierte können sich zur Information direkt an die Landesredaktion wenden unter:

Tel.: 0211 871 2575 oder per E-Mail: Landesredaktion.Polizei@mik.nrw.de.

Polizeilandesmeisterschaften im Schwimmen und Retten 2014 Ehrenpreis für Nadia Edling und Christoph Fildebrandt



Die Polizeilandesmeisterschaften (PLM) im Schwimmen und Retten fanden am 13. März 2014 im Westfalenbad in Hagen statt. Nach dem Einmarsch der Kampfgerichtergemeinschaft eröffnete Polizeipräsident Frank Richter die gut organisierten Meisterschaften und hieß die insgesamt 201 Teilnehmenden der Polizei NRW willkommen. Der Polizeisportbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, LPD Roland Küpper, wünschte den Sportlerinnen und Sportlern bei der Begrüßung verletzungsfreie und faire Wettkämpfe.

In den verschiedenen Disziplinen und Altersklassen, jeweils für Frauen und Männer getrennt, galt es, die insgesamt 20 Wettkämpfe im Rettungsmehrkampf (Kleiderschwimmen, Retten und Tauchen), Brustschwimmen, Schmetterling,

Rückenschwimmen, Lagen und Freistil zu bestreiten. Die Staffeln im 4x50 m Brustschwimmen, Freistil und Lagen wurden im gemischten Team als sogenannte »mixed« ausgetragen.

In den Altersklassen der Männer

- > AK 1 (Jahrgang 1989 bis 1982)
- > AK 2 (1981 bis 1972)
- > AK 3 (1971 bis 1962)
- > AK 4 (1961 bis 1954) und
- > AK 5 (ab 1953)

gingen rekordverdächtige 127 Teilnehmer an den Start (bei den PLM 2012 waren es 79).

Bei den Frauen nahmen in der

- > AK 1 (1991 bis 1984)
- > AK 2 (1983 bis 1977)
- > AK 3 (1976 bis 1969) und
- > AK 4 (ab 1968)

74 Schwimmerinnen teil (bei den PLM 2012 waren es 46).

Insgesamt waren Sportler und Sportlerinnen aus 38 Behörden vertreten.

Gold für altbekannte Gesichter

Die bekannten Schwimmgrößen der Polizei NRW holten in den verschiedenen Disziplinen gleich mehrfach Gold. So standen bei den Männern Christoph Fildebrandt (Polizeipräsidium (PP) Köln), Thomas Ruetter (PP Essen) und Thomas vom Lehn (PP Wuppertal) regelmäßig auf dem Siegereppchen. Bei den Frauen lagen immer wieder Nicole Kentschke (PP Recklinghausen), Nina Worm (Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW), Mandy Blum (PP Dortmund) und Nadia Edling (PP Hagen) ganz vorne und räumten die Goldmedaillen ab.

Den Ehrenpreis des Ministers überreichte der Vorsitzende des Polizeisportkuratoriums NRW, Polizeidirektor (PD) Burkhard Kowitz, zusammen mit Polizeipräsident Frank Richter an Christoph Fildebrandt und Nadia Edling. Sie wurden für die beste sportliche Leistung des gesamten Wettkampfes gemäß der DSV-Punkteauswertung ausgezeichnet. /// **Andrea Schaub, Polizeisportkuratorium NRW**

In neuer Funktion



Foto: Marc Holste

Polizeidirektor Jürgen Möller, Leiter der Abteilung Polizei beim Landrat als Kreispolizeibehörde Düren, wurde am 19. März 2014 zum Leitenden Polizeidirektor ernannt (im Bild v.l.: Abteilungsleiter Ministerialdirigent Wolfgang Düren, Leitender Polizeidirektor Jürgen Möller und der Inspekteur der Polizei Dieter Wehe).

Heiß, heißer – Dirty Dancing Die Streife verlost 2 x 2 Freikarten für den Musical Dome in Köln

Dirty Dancing ist einer der aufregendsten Tanzfilme aller Zeiten. Auch die Bühnenversion des Kinohits hat schon mehr als sechs Millionen Besucher begeistert. Jetzt präsentiert sich die erfolgreiche Bühnenshow erstmals auf großer Tournee durch Deutschland, Österreich und die Schweiz. Streife-Leser können 2 x 2 Karten für die Shows vom 16. Juli bis 10. August 2014 im Musical Dome in Köln gewinnen.



Alle Streife-Leser erhalten bei Nennung der PIN 121498 eine Ermäßigung von 10 Prozent auf den Vollkartenpreis. Dies gilt auch für die Shows vom 21. Januar bis 22. Februar 2015 im Capitol Theater Düsseldorf. Tickets und Informationen gibt es unter 0211/73 44 120 oder unter www.DirtyDancingTour.de.

Am Londoner West End waren die Vorstellungen monatelang jeden Abend bis auf den letzten Platz ausverkauft. Auch in Deutschland ist Dirty Dancing Kult: Für keine andere Show wurden jemals vor einer Premiere mehr Karten verkauft als für die Hamburger Inszenierung, die von März 2006 bis Juni 2008 dort gespielt wurde. Der Soundtrack zum Film hat sich bis heute über 44 Millionen Mal verkauft. Neben den Original-Filmsongs »Time of my life«, »Hungry eyes« und »Do

you love me« untermalen viele zusätzliche Titel die weltbekannte Liebesgeschichte zwischen dem charismatischen Tänzer Johnny Castle und dem naiven Teenager Frances »Baby« Houseman. Zu Mambo, Merengue und kubanischen Rhythmen lassen Tanzlehrer, Kellner und Animatoure in der Show Nacht für Nacht ihre Hüften kreisen. Momente voller Herzschlag-Musik wecken bei jedem Zuschauer die Erinnerung an die erste große Liebe und machen Dirty Dancing zu einem einmaligen Live-Erlebnis.

Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie jetzt nur noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 15.05.2014 einsenden an: Innenministerium NRW, Redaktion Streife Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf e-Mail: streife@mik.nrw.de Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse eingeben. Danke!

Hauptstadt von Kroatien	Zeichen für Brom	Flechtwerk	früherer russ. Kaiser-titel	Anschwel-lung der Haut durch Stoß	pflanzen, kultivieren	Schnee-hütte der Inuit	nicht günstig	Abk.: vor der	grie-chische Vorsilbe: zehn	Karten-farbe bei Platz-verweis	persönl. Fürwort, 1. Person Singular	Lebens-bund
starke Gewichts-abnahme			2			Folge von Fernseh-sendungen						
			plötzliche Zustands-änderung (Med.)	Fahr-karte; Einlass-schein	ärger-lich, doof			Speisen-zubereiter	Schaf-rasse			
die Land-wirtsch. betref-fend	kurze Auf-zeichnung	Vor-kriegs-gebäude				Baustoff	Schul-fach (Kurzwort)			1		
Wasser-vogel-produnkt					Blätter-kleid der Bäume	frz.: Säugling					Auflösung des letzten Rätsels R O A S E J G M B H C O A E N S S I G M B H H A E N S S E L G I B L O S S I G E T U E I N I E D E R S M S E G A L R R S M S K H L S T R E I K E K E T T E P E L L E U N A R T E F A L L E R S S A R T E R I E T A S S E X T E T S A A T A L T E V R (1-6) Koenig	
Wind-stoß			Renn-schlit-ten	klug, ge-schick				Magnet-ende				
leicht-fertig, schlüpfrig	Zeichen für Ru-thenium	südost-europ. Gebirge				Kfz.-Z. Schweiz	griech. Buch-stabe					
Abk.: unsere(r) Zeit-rechnung	4	Teil des Gefäß-systems		Zeichen für Europium		Hafen am Pa-nama-kanal					3	

1	2	3	4
---	---	---	---

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Verantwortlich

Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktionsleitung

Ralf Hövelmann
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PoINRW 07-221-2366
Internet: www.streife.polizei.nrw.de
E-Mail: streife@mik.nrw.de
ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Marc Holste (MIK NRW), Stephan Körver (MIK NRW),
Uli Krawinkel (KPB Paderborn),
Frank Kubicki (PP Düsseldorf),
Olaf Peters (LZPD NRW),
Andrea Schaub (PSK)
Susanne Schmitz (LKA NRW), Simone Wroblewski,
Dana Zimmermann (MIK NRW)

Grafische Gestaltung und Satz

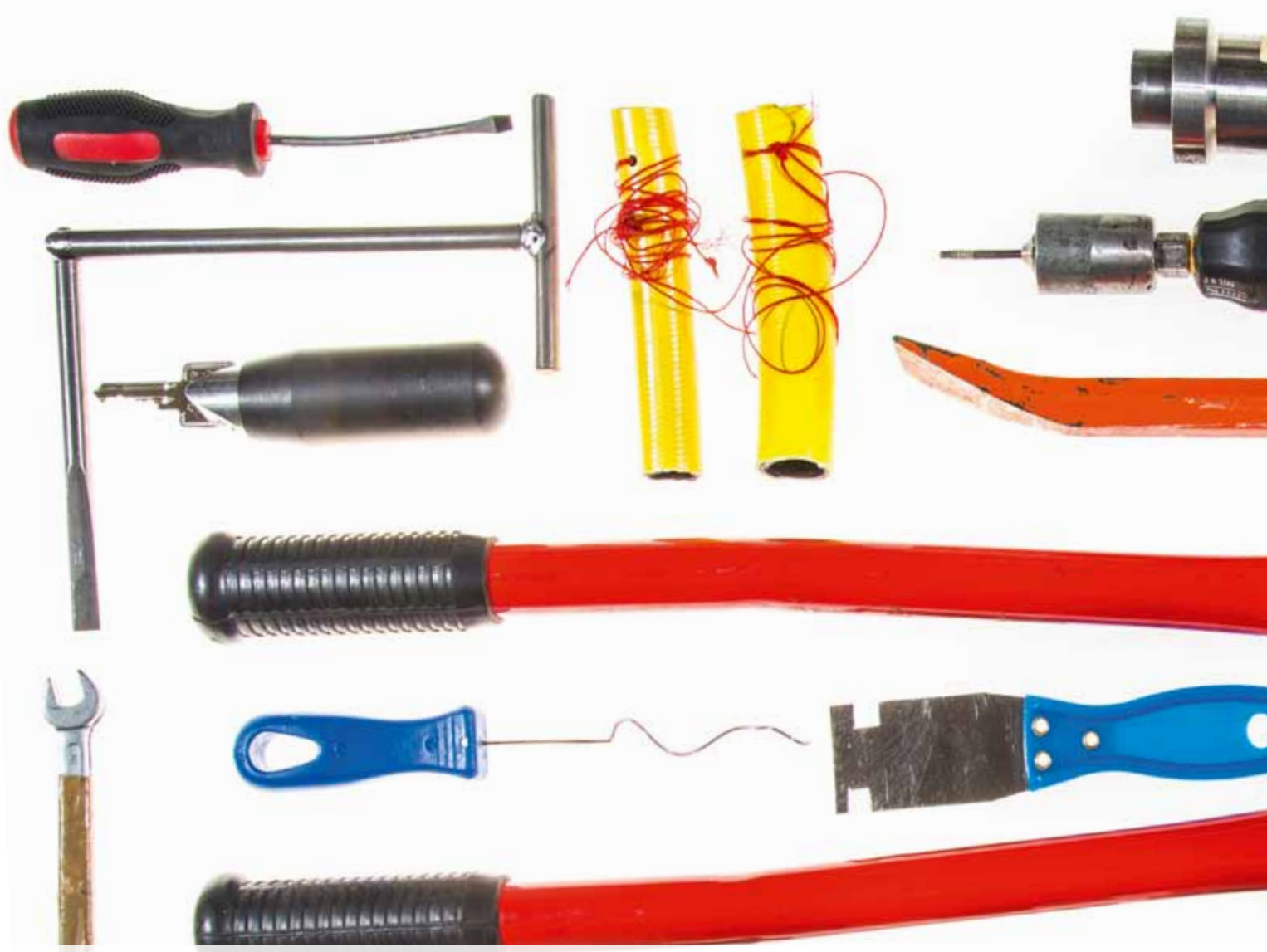
designt Corporate Design, Düsseldorf

Druck

AWD Druck und Verlag, Alsdorf
Papier: Condat matt Perigord,
FSC-zertifiziert



Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus 6-mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion gesandt werden. An den abgedruckten Beiträgen behält sich die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Streife wird herausgegeben vom
 Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
 Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
 Nordrhein-Westfalen